

Politische Aussprache

Vorsitzender *Julius Lobmann*: Wir kommen nunmehr zur Diskussion über die beiden Referate. Als erster Redner hat das Wort Genosse *Neumann*, Berlin:

Franz Neumann, Berlin: Der Genosse Schumacher hat heute morgen den Satz geprägt: Man kann das Unrecht von heute nicht mit dem Unrecht von gestern vergelten. Jetzt eben hörten wir von unserem Genossen Agartz, daß auch die Anerkennung der deutschen Widerstandsbewegung dadurch gezeigt werden muß, daß wir Erleichterungen jeglicher Art bekommen müßten. Das ist ein erfreulicher Ton. Vor einem Jahr klang es in Berlin anders. Wir hörten doch gerade durch den Berliner Rundfunk und durch eine bestimmte Berliner Presse; daß das deutsche Volk die Alleinschuld an den Vorgängen in der Welt habe.

Ich möchte zu diesen Behauptungen einige Ausführungen machen. Genossinnen und Genossen, es kann von den verschiedensten Seiten aus zu dieser Frage Stellung genommen werden. Ich möchte von der Basis nach dem ersten Weltkrieg ausgehen und möchte die Tragik schildern, die wir damals gesehen haben. Als wir nach 1918 Sozialisten als deutsche Vertreter im Ausland hatten, da mußten wir leider feststellen, daß diese Sozialisten – an der Spitze sei unser Genosse Müller, Franken, genannt, – immer wieder mit leeren Händen von den ausländischen Verhandlungen nach Deutschland zurückkamen. Das Ausland hat niemals in irgendeiner Form ein Entgegenkommen gezeigt, wenn unsere Männer draußen waren. Es ist vielleicht eine Tragik, daß zu einer Zeit, in der wir Genossen in der Regierung hatten, in England und Frankreich rein bürgerliche Vertreter an der Macht waren, aber festgestellt muß werden, daß unsere Leute immer mit leeren Händen nach Hause kamen.

Wie war das nun von 1933 ab: Es ist ja nicht ganz unbekannt geblieben, daß das Ausland absolut passiv blieb, als die faschistische Regierung im Oktober 1933 aus dem Völkerbund austrat und als sie damit offen dokumentierte, daß sie nicht mehr gewillt war, auf friedlichem Wege sich mit der Welt zu verständigen. Damals haben wir, die wir in Deutschland waren, nichts gehört, daß das Ausland in irgendeiner Form Aggressionen gegen diese Maßnahme

Hitlers ergriffen hat. Und als die anderen Dinge publik wurden, als die Wehrhoheit wieder in Deutschland eingerichtet wurde, als wir das Saargebiet übernahmen, als wir das Rheinland besetzten, als alle die anderen Maßnahmen, die schon mehr kriegerischen Charakter trugen, durchgeführt wurden, da erlebten wir, daß auch hier das Ausland zu den Dingen im wesentlichen schwieg.

Zu einer Zeit, als wir schon jahrelang in den Gefängnissen und in den Zuchthäusern saßen, als die Konzentrationslager im Ausland in einem Maße bekannt waren, wie es im Inland nicht der Fall war, als Tausende unserer besten Genossen bereits schon durch den Galgen oder auf dem Schafott ihr Leben lassen mußten, da hat das Ausland mit Herrn Hitler Verhandlungen geführt und hat Herrn Hitler durch diese Verhandlungen hoffähig gemacht. (Sehr richtig.) Dies soll einmal hier auf dem ersten Parteitag der Sozialdemokratie festgestellt werden. Unsere Toten, unsere Kämpfer, gerade die Männer und Frauen, die Jungen und die Alten aus der Sozialdemokratie, sind mit Zeugen für diesen Kampf gegen die Diktatur, für die Demokratie und damit für den Fortschritt, und damit auch Zeugen gegen die Alleinschuld des deutschen Volkes an den Zuständen in der Welt. (Bravo!)

Genossen und Genossinnen, gerade auf diesem ersten Parteitag der Sozialdemokratie soll auch festgestellt werden, daß wir vom ersten Tage der Machtübernahme Hitlers in Deutschland die illegalen Fäden gesponnen haben, daß wir versucht haben, im Rahmen des Möglichen unsere Arbeit gegen die Diktatur fortzusetzen. Und das soll heute auch noch anerkannt werden für die, die nicht sogenannte Opfer des Faschismus sind, das soll anerkannt werden für die, die das Glück hatten, aus irgendwelchen Gründen nicht in die Gefängnisse und Zuchthäuser des Dritten Reiches zu kommen. Alle, die diese Tätigkeit ausgeübt haben, haben einen wesentlichen Anteil an dem Sturz des faschistischen Regimes. Wir wissen, daß das Ausland, daß die Welt ihre gesamte wirtschaftliche Macht zusammenfassen mußte, um den Faschismus zu bekämpfen. Die Widerstandsbewegung der deutschen Sozialdemokratie von innen und von außen hat aber zu einem nicht unwesentlichen Anteil an der Vernichtung des Faschismus beigetragen.

Das sind, glaube ich, maßgebende Gründe dafür, daß wir ein Teil der Schuld zwar zu tragen haben, daß wir aber nicht die Alleinschuldigen sind. Aus dieser Tatsache heraus kommt zwar die Verpflichtung zur Verantwortung und aus dieser Verantwortung heraus die Pflicht zur Wiedergutmachung, und da wollen wir erklären, daß wir den Willen haben, im Rahmen des Möglichen

wieder gutzumachen. Aber es muß hier gefordert werden, daß diese Wiedergutmachung in einem Rahmen bleibt, daß wir als Deutsche auch das Existenzminimum behalten können. Ein zufriedenes Deutschland kann und wird ein wertvolles Glied der Völkergemeinschaft werden, und darauf kommt es letzten Endes an, daß wir in Europa, in der Welt, wieder zu normalisierten Verhältnissen kommen.

Wir Sozialdemokraten fordern im Verein mit den Gewerkschaften die Nationalisierung der großen Werke, der Schlüsselindustrien. Wir fordern das gleiche, was heute die Arbeiterregierungen in England, in Norwegen, in Frankreich, in Schweden, in Dänemark praktisch durchführen wollen. Und diese gleiche Linie mit unseren Genossen in Europa sollte uns auch die Möglichkeit geben, daß wir zu Verhältnissen kommen, die in Deutschland tragbar sind. Wenn wir heute gehört haben, daß der Produktionsstandard so niedrig ist, daß wir nicht existieren können, wenn wir wissen, daß unsere Stahlproduktion auf 5,8 Millionen Tonnen im Jahre festgelegt ist, müssen wir hier erklären, daß wir mit diesem Kontingent nicht einmal unsere Bauindustriebetriebe ausreichend beliefern und so nicht einmal den Aufbau durchführen können.

Gerade wir Berliner sind abhängig von der Zuführung von Rohmaterialien und von Halbfabrikaten. In meinem speziellen Bezirk, im französischen Sektor, in Reinickendorf, haben wir nur noch so viel Materialien, daß die Fabriken acht bis zehn Wochen arbeiten können. Dann kommt das große Massensterben. Dann kommt die Arbeitslosigkeit, wenn es nicht gelingt, nach Berlin Rohstoffe und Halbfabrikate hereinzuführen. Und Genossen und Genossinnen, ein hungriger Mensch, ein arbeitsloser Mensch, der ist aber sehr leicht für die Agitatoren zu kriegen, während ein Mensch, der ein nützliches Mitglied der Gemeinschaft ist, sich nicht irgendwelchen Phrasen an den Hals wirft.

Wir Berliner betonen da die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Wirtschaft, weil wir als Sozialdemokraten, gerade als die neuen Sozialdemokraten, unbeeinflusste Wahlen für Berlin verlangen. Wir verlangen, daß im ganzen Reich gewählt werden soll. Was wir für notwendig halten, daß ist die Forderung, daß in Berlin die tatsächliche Stimmung des Volkes festgestellt werden soll. Wir wundern uns, daß von der neuen Einheitspartei andere Töne kommen. Wir hören da auf dem Parteitag von den Prominentesten der Prominenten, wir müssen so schnell wie möglich eine gründliche demokratische Umerziehung durchführen, um die Vorbereitungen für die bevorstehenden Wahlen zu treffen.

Wir können die Wahlen nur auf demokratischer Basis durchführen, wenn durch die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften die Voraussetzungen für eine wirklich freie Entscheidung im deutschen Volk gefallen ist. Wir lehnen Scheinwahlen, die ohne diese Voraussetzung durchgeführt werden, als undemokratisch ab. Wir müssen uns wundern, daß Wilhelm Pieck auf dem Parteitag derartige Dinge erst fordert, daß er erst eine Umerziehung verlangt. Wir Berliner Sozialdemokraten sagen, daß die Berliner Bevölkerung die Lehre aus den letzten zwölf Jahren gezogen hat, daß die Diktatur für uns unerträglich ist.

Die Berliner Sozialdemokraten haben in der Urabstimmung am 31. März bewiesen, wie sie zu diesen Dingen stehen, daß sie den Sieg der Demokratie an diesem Tage erkämpft haben. Wir wollen in dieser Art weiter fortfahren. Wir wollen fordern, daß das Volk politisch seine freie Meinung abgeben darf. Wirtschaftlich ist unsere Parole die gleiche wie die Parole des Parteitages ist. Wir müssen darauf dringen, daß nicht nur in Berlin, daß in ganz Deutschland das wahr wird, was wir hier gesagt haben (der Redner zeigt auf die hinter ihm angebrachte Plakataufschrift): Sozialismus, die Gegenwartsaufgabe!

Karl Ebert, Heidelberg: Ich will Ihnen die Grüße von Heidelberg überbringen, von Heidelberg, der nicht ausgebombten, der unbeschädigten Stadt. Ich habe den Auftrag zu erfüllen, und tue das aus persönlichen Gründen besonders gern, und zwar besonders deswegen, weil mit der Vereinigung zwischen KPD. und SPD., weil mit dem Namen SED. der Name Ebert verbunden ist. Ich bringe den Parteigenossen aus Berlin den Gruß der Heidelberger Genossen, den Gruß Heidelbergs, das einen Friedrich Ebert hervorgebracht hat. Es ist unmöglich, in zehn Minuten zu der Frage Ebert und Berlin Stellung zu nehmen. Aber ich will trotzdem kurz zu der Frage Stellung nehmen. Bereits im Jahre 1918, als das Kaiserreich zusammenbrach, und die Geschicke des Reiches von dem Rat der Volksbeauftragten übernommen wurden, ging von Berlin der Schlag gegen die Demokratie aus. Bereits damals handelte es sich darum: Demokratie oder Diktatur. Wenn wir jetzt im Jahre 1946 wiederum erleben, daß auch jetzt wieder bei dem Wiederaufbau einer sozialistischen Republik von Berlin aus der Schlag geführt wird, so ist uns das nichts Neues.

Wir Heidelberger wollen unseren Standpunkt zu dieser Fusionsbestrebung SED — KPD — SPD zur Geltung bringen.

Man spricht in der Welt von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes, die wir ablehnen. Wenn man aber schon von einer

Kollektivschuld des deutschen Volkes spricht, so muß zumindest eine Kollektivverpflichtung des deutschen Volkes folgen. Und wenn eine Kollektivverpflichtung ausgesprochen wird, muß man die Möglichkeit geben, diese Verpflichtung erfüllen zu können. Wenn wir uns gegen die Kollektivschuld des deutschen Volkes wenden, so deswegen, weil es ein unerträglicher Zustand ist, ein Volk, das dreizehn Jahre lang an dem Marterpfahl der eigenen Tyrannen gestanden hat, nun auch noch an den Schandpfahl der Nationen zu binden.

Wenn wir eine Kollektivverpflichtung durchführen sollen, und wenn wir bei dieser Verpflichtung und bei der Durchführung dieser Verpflichtung mithelfen sollen, dann muß man uns erlauben, dann müssen wir fordern, daß nicht nur Industrien abgebaut und verlagert werden, dann müssen wir den Wiederaufbau der Industrie verlangen. Dann müssen wir insbesondere den Wiederaufbau der Schwerindustrie verlangen, um dadurch in den Stand gesetzt zu werden, ausführen zu können, und damit, daß wir ausführen, auch wieder einführen können.

Woher kommt die Zertrümmerung der Industrie? Ein Kommunist trat mir bei einer der letzten Wahlkundgebungen entgegen und sagte, dieser Beschluß wäre in der Kontrollversammlung in Potsdam gefaßt worden. Ich habe ihm darauf erwidert, wenn Rußland als Arbeiterstaat gewollt hätte, daß dem deutschen Arbeiter die ökonomische Grundlage nicht entzogen wird, dann hätte Rußland auf dieses Ausmaß der Industrieverlagerung nach dem Osten verzichtet. (Sehr richtig!) Wenn eine Partei, die einer Internationale angehört, die von der Staatspartei in Rußland geführt wird, in ihrem französischen Sektor nicht nur die Zentralgewalt in Deutschland verweigert, nicht nur die Annektion des Ruhrgebietes ausspricht, sondern auch die Politik der Russen im Ostgebiet Deutschlands gutheißt, und wenn die deutsche Kommunistische Partei bis jetzt nichts getan hat, um diese Maßnahmen abzubiegen, wenn sie zusieht, daß uns damit die Hand an die Gurgel gelegt wird, und wenn damit, daß man uns das Ruhrgebiet nehmen will, diese Hand an der Gurgel zu einem Würgegriff an der deutschen Wirtschaft und ganz Deutschlands überhaupt wird, wenn die Kommunistische Partei Deutschlands sich dagegen nicht wendet, so ziehen wir daraus für uns in Heidelberg den Schluß, jede Zusammenarbeit und jede Fusion mit einer solchen Partei abzulehnen. Die Kommunistische Partei hätte auf Grund ihrer Beziehungen zu Rußland etwas tun können, um das abzubiegen.

Wenn, verehrte Genossen, hier davon gesprochen worden ist, daß der Kampf der alliierten Militärmächte dem deutschen und

preußischen Militarismus gegolten hat, diesem Militarismus, der seinen äußeren Ausdruck in der strammen Haltung gefunden hat, so ist es auf der anderen Seite unmöglich, eine Politik zu treiben, die von sämtlichen deutschen Behörden und sämtlichen deutschen Institutionen eben diese stramme Haltung erwartet, um Befehle entgegenzunehmen. Man kann das eine nicht tun und das andere nicht lassen.

Wir wollen in Deutschland nicht Amboß sein, wir wollen Hammer sein. Wir wollen diejenigen sein, die wiederum Produkte schaffen. Wir wollen die Schmiede sein, deren Klang in die Welt, in Europa, hinausgeht. Wir wollen, daß die Schmiede in Deutschland den Grundakkord angibt nicht nur für die deutsche Politik, sondern für die europäische Politik und für die Weltpolitik.

Wenn der Genosse Cohen-Reuß sagte, daß genügend militärische Kräfte zur Verfügung ständen, um die Sicherheit der Welt zu garantieren, so habe ich dem ein anderes Recht entgegenzustellen. Die deutsche Sozialdemokratie mit ihren Sozialisierungsbestrebungen ist ein besserer Schutz als Bajonette und Kanonen und jede Politik, die in der Welt getrieben wird. Unsere Arbeiterpartei schafft die Sicherheit, die wir durch unsere Arbeit der Welt geben wollen. (Bravo! Händeklatschen.)

Heinz Joachim Heydorn-Hamburg: Ich habe zwei Anmerkungen zu der Rede des Genossen Dr. Schumacher zu machen. Zuerst eine Auslegung, die etwas theoretischer Natur ist, aber es gehört zu den besten Traditionen unserer Parteitage, auch prinzipielle ideologische Fragen zur Debatte zu stellen. Es geht zuerst um die Bedeutung der Marx-Engelschen Theorie. Den Geist jener Freiheiten gegenüber der Theorie hat Karl Marx selbst zum Ausdruck gebracht, als er in Frankreich auf die Frage, ob er Marxist sei, antwortete: Ich bin kein Marxist.

Die Theorie von Marx und Engels ist aus dem Gegensatz zu den utopischen Konzeptionen des Sozialismus entstanden. Sie sah ihre Aufgabe darin, aus den realistischen Einsichten in die bestehenden Verhältnisse das theoretische Instrument für den politischen Kampf zu liefern. Daher ist es zu erklären, daß Marx sogar einmal den Ausspruch tat, die Arbeiterklasse habe keine Ideale zu verwirklichen. Diese Meinung bedarf einer Ergänzung. Es ist nicht nur das Ziel unseres Kampfes, die Arbeiterschaft von der wirtschaftlichen Sklaverei zu befreien, sondern auch menschliche Beziehungen zu schaffen. Die sittliche Forderung steht am Anfang unseres Gedankens.

Wenn der Mensch weitgehend nur die Rolle einer Funktion hat, dann kommt von selbst das Chaos, auch gerade unter dem Vor-

zeichen einer hochkapitalistischen Entwicklung. Wir möchten den Akzent wieder stärker auf den menschlichen Willen verlegen. Genosse Dr. Schumacher bemerkte, daß die Demokratie in Deutschland über eine große Tradition verfüge. Aber diese Tradition war niemals so stark, daß sie das ganze deutsche Volk in seiner Tiefe berührt hätte. Deutschland hat niemals eine Revolution gehabt wie England und Frankreich. Wir sind das Land der vertagten Revolutionen. 1848, 1918 und nicht zuletzt am Ende dieses Krieges. Niemand hätte ein solches Ereignis aufhalten können, wenn es von elementarer Notwendigkeit und Tiefe gewesen wäre. Dieses Ereignis aber steht immer noch aus.

Die große Schlacht der Selbstbefreiung des Menschen aus ihrer Vergangenheit, aus der Untertanenpsychologie, die wir jahrhundertlang uns durch Erziehung angewöhnt haben, muß noch geschlagen werden. Zu dieser Revolution, die im 20. Jahrhundert nur die sozialistische sein kann, ist die deutsche Jugend berufen.

Sie ist das große Fragezeichen. Ihr Zögern und ihre Zurückhaltung ist das eigentlich entscheidende Charakteristikum unserer gegenwärtigen Lage. Diese Jugend ist durch das Grauen hindurchgegangen. Wenn immer, dann können aber aus diesem Erlebnis neue Werte und neue Inhalte entstehen, die sich mühsam aus der Tiefe lösen werden. Seien Sie sich immer bewußt, welches Generationsproblem in der Partei besteht, es handelt sich darum, ob wir in zehn Jahren eine Restaurations-Komödie spielen wollen oder nicht.

Ich fordere Sie herzlich auf, eine General-Amnestie für die ganze deutsche Jugend zu fordern. (Stürmischer Beifall.) Laden Sie die ganze deutsche Jugend ein, Träger dieser revolutionären Tat zu werden, nach der wir uns in den letzten Jahren in Sehnsucht verzehrt haben. Kein Erzieher, keine Organisation und keine Denazifizierung kann ein solches Ergebnis haben. Und damit vollziehen Sie eine historische Tat. (Bravo und anhaltendes Händeklatschen.)

Fenner Brockway-London (Politischer Sekretär der Unabhängigen Arbeiterpartei in England (SLP)).

Der Genosse spricht die folgenden ersten Sätze in deutscher Sprache:

Ich bedauere, daß ich nicht in Eurer Sprache zu Euch sprechen kann, aber ich spreche aus Eurem Geist und Eurem Herzen, als Sozialist, Demokrat und internationaler Kamerad.

Die folgenden Sätze spricht Fenner Brockway in englisch. Sie

werden unmittelbar vom Genossen Heinz-Joachim Heydorn, Hamburg, in deutscher Sprache übersetzt:

Ich bringe Ihnen nicht nur die Grüße der Unabhängigen Arbeiterpartei, sondern die Tausende von Grüßen von englischen Arbeitern, die vor dem Krieg und während des Nazi-Regimes, aber auch während des Krieges niemals den Glauben in bezug auf ein demokratisches und sozialistisches Deutschland verloren haben.

Ich betrachte es als eine große Ehre, als erster ausländischer Sozialist zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich habe 15 Jahre auf diesen Augenblick, wieder in Deutschland sprechen zu dürfen, gewartet. Das letztmal sprach ich in Deutschland im Jahre 1931.

Ich habe im Jahre 1931 an einer politischen Kampagne gegen den Nationalsozialismus teilgenommen. Ich sprach in Breslau mit Eckstein als Vorsitzenden, der im Konzentrationslager zu Tode gebracht wurde, bereits eine Woche, nachdem der Reichstag angezündet worden war. Ich sprach in Dresden, wo die SA die Veranstaltung zu sprengen versuchte, aber von der Sozialistischen Arbeiterjugend wieder hinausgeworfen wurde. Und in Berlin mit Ernst Toller, der später unter tragischen Umständen in der Emigration gestorben ist.

Ihr waret die ersten Opfer des Nationalsozialismus. Ihr habt das Recht, angesichts der vielen Hunderten von Toten und Gemarterten Eures Weges, Euren Platz im internationalen Sozialismus wieder beanspruchen zu können. (Bravo, Bravo, starker Beifall.) Ihr habt das Recht und den Anspruch auf diesen Platz durch den Geist und durch die Tatkraft, die Ihr an den Tag gelegt habt.

Es gibt drei politische Probleme. Das eine ist der Kampf gegen den Kapitalismus. Der Kapitalismus befindet sich in einer sehr kritischen Lage, aber er ist nicht tot, und es gibt viele, die ihm heute wieder neues Leben injizieren wollen. Nur ein sozialistisches Deutschland ist eine wirkliche Garantie gegen den Krieg. Sicherheit kann nicht dadurch erreicht werden, daß man Euch Eure Industrie wegnimmt oder Landgebiete von Deutschland abschneidet. Sicherheit kann nur erreicht werden, wenn wir Euch das geben, was Ihr braucht. (Stürmischer Beifall.)

Es kommt darauf an, wenn es gelingt, den Kapitalismus und die kapitalistische Ordnung zu vernichten, daß sie durch eine sozialistische Ordnung ersetzt wird; aber es ist wichtig, daß die nationalsozialistische Diktatur von gestern nicht durch eine kommunistische Diktatur von morgen ersetzt wird. Der Sozialismus

- muß die Grundlageder neuen Gesellschaft sein, aber ihre entscheidenden Bestandteile sind Demokratie und Freiheit.

Es gibt ein drittes Problem für demokratische Sozialisten im besetzten Europa, nämlich innere Unabhängigkeit und Selbstvertrauen wieder zu gewinnen. Aber ich brauche Euch das nicht zu sagen, nachdem heute morgen Genosse Schumacher gesprochen hat. Diese Rede wird eine historische Rede in der Geschichte des europäischen Sozialismus werden, und ich wünsche nur, daß Ihr alle in diesem Geiste den Kampf führen möchtet.

Die Kommunistische Partei in Deutschland ist nur Agent einer fremden Macht. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokratische Partei muß darauf achten, daß nicht auch sie Agent einer fremden Macht wird. (Sehr gut! Lebhafter Beifall.)

Ich habe am ersten Mai vor 60 000 Eurer Genossen in Hamburg gesprochen. Ich habe in Hamburg auf einer großen weiteren Kundgebung gesprochen, und ich habe in Berlin Eure Genossen kennengelernt und war auf einer Metallarbeitertagung in Düsseldorf. Am Sonnabend werde ich nach England zurückfahren und werde den englischen Arbeitern sagen, daß Ihr eine starke Gewerkschaftsbewegung und eine starke politische Bewegung aufgebaut habt, und daß es die Pflicht der englischen Arbeiter ist, Euch zu helfen, daß ein demokratisches und sozialistisches Europa möglich wird. (Stürmischer Beifall.)

Ich weiß nicht, wie ich das zum Ausdruck bringen soll, was ich fühle. Vor einem Jahre noch war Krieg, und trotzdem gab es in Deutschland und in England Sozialisten, die das unbedingte Gefühl der internationalen Solidarität hatten, das viel stärker war als alle Loyalität ihren eigenen Staaten gegenüber. (Bravo!) Wir müssen eine Bewegung aufbauen, die so stark ist, daß niemals wieder ein Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern entstehen kann und in diesem Sinne möchte ich mit dem Kampf schließen, der einmal von Deutschland ausgegangen ist: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Ihr habt nur Eure Ketten zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen!“ (Stürmischer Beifall.)

(Deutsch.) Genossen und Genossinnen: Freundschaft, Frieden, Freiheit! Auf Wiedersehen!

Wilhelm Knothe-Frankfurt/Main: Ich glaube, im Sinne der 60 000 Parteimitglieder in Großhessen zu sprechen, wenn ich dem Genossen Dr. Kurt Schumacher den Dank für seine mutige Haltung und die Anerkennung für seine klare politische Linienführung ausspreche. Diese klare politische Linienführung hat in Großhessen bestimmt dazu beigetragen, daß in den drei Wahlkämpfen am

20. Januar, 27. Januar, und jetzt bei den Kreistagswahlen wir die stärkste Partei geworden sind. (Lebhafter Beifall.) Die Wählerschaft von Großhessen hat der Sozialdemokratischen Partei eine große Vertrauenskundgebung entgegengebracht. Diese Vertrauenskundgebung hätten wir bestimmt nicht bekommen, wenn wir den Fehler gemacht hätten, die Fusion mit der KPD zu machen. Diese Fusion mit der KPD hätte uns in Großhessen nach der Auffassung unserer maßgeblichen Funktionäre vielleicht 100 000 Stimmen gekostet.

Wir wissen, daß wir aus diesem Wahlsiege Schlußfolgerungen zu ziehen haben. Wir wissen, daß diese Schlußfolgerung nur in einer ganz klaren politischen Ausrichtung unserer Partei zu suchen sein kann. Die CDU hat nichts unversucht gelassen, um auf jede Art und Weise auf die Wählerschaft einzuwirken. Darüber nur ein Beispiel. Ein Flugblatt, das vor mir liegt, sagt folgendes:

„Die Gemeindewahlen haben in unseren Kreisen kein wahres Bild des politischen Willens unserer Bevölkerung gegeben.

Dadurch, daß in den meisten Dorfgemeinden unseres Kreises nur eine Liste bestand, war die Möglichkeit einer umfassenden politischen Entscheidung nicht gegeben, wohl aber, und wir stellen solches mit Beschämung fest, haben sehr viele Christen dadurch einer marxistischen Partei ihre Stimme gegeben.“

Es muß unsere Aufgabe sein, wie es Dr. Schumacher heute morgen zum Ausdruck gebracht hat, den Massen draußen das doppelte Gesicht der CDU aufzuzeigen. Der rechte Flügel der CDU zielt darauf hin, was 1945 seinen Abschluß gefunden hatte, auf wirtschaftspolitischen Gebiete wieder nachzuholen. Der linke Flügel ist geführt von den Gewerkschaften. Diesem linken Flügel gegenüber haben wir die Verpflichtung, ihn mit unseren sozialistischen Ideen vertraut zu machen. Wir haben festgestellt, daß immer noch die Tatsache zu verzeichnen ist, daß die Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden glauben — und sie werden in diesem Glauben durch die Wahlagitation der bürgerlichen Parteien bestärkt — daß ihr Kleinbesitz in Gefahr stünde, wenn die Sozialdemokratie zur Macht gelangt. Es ist die große Aufgabe der Partei, werbend in dem Sinne tätig zu sein, daß dies nicht der Fall ist.

Ab und zu entschlüpft auch einmal einem führenden Kommunisten eine Äußerung, die, für uns bestimmt, wenn nicht anders zu bewerten, so wenigstens pikant erscheint. In der vorigen Woche erklärte in Frankfurt ein führender Kommunist: Ja, Genosse

Knothe, wir haben eben nur die Leute, die politisch und moralisch in der Arbeiterschaft an der Peripherie zu suchen sind. Ihr habt die besseren Arbeiter. Da könnt Ihr es uns nicht verdenken, wenn wir das Verlangen nach einer Vereinigung haben.

Ich bin aber auch dem Genossen Schumacher sehr dankbar dafür, daß er heute morgen der Militärregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht hat, daß es unter Umständen auch möglich ist, die Demokratie ihr gegenüber zu verteidigen. Was er heute morgen in bezug auf die Polizei sagte, können wir von Frankfurt aus sehr stark erhärten. Ich nehme die Gelegenheit wahr, auf dem Parteitag dies zu sagen, weil es notwendig ist. In Frankfurt ist man drum und dran, die Entdemokratisierung der Polizei vorzunehmen und an ihrer Stelle die Militarisierung durchzuführen. (Sehr wahr!) Dort wurden hervorragende Demokraten, weil sie Sozialdemokraten sind, aus dem Polizeikörper entfernt oder suspendiert und an ihre Stelle wurden Majore der Wehrmacht gestellt. Wir stellen fest, daß hervorragende demokratische Polizeioffiziere und Mannschaften versetzt worden sind, weil sie Sozialdemokraten waren. Das ist ein Zustand, der für uns untragbar ist.

Deshalb begrüße ich die Ausführungen des Genossen Schumacher von heute früh, weil wir in Frankfurt unter diesen Dingen seitens der amerikanischen Militärregierung auch zu leiden haben. Wir haben Sorge um die Fundamente der Demokratie, und die Fundamente der Demokratie sind nach meiner Meinung dann in Gefahr, wenn eine Politik gemacht wird, wie ich sie gezeichnet habe.

Wir können uns deshalb auch sehr häufig in der Regierung, im Kabinett in Großhessen, nicht so ausrichten, wie wir Sozialdemokraten es gern möchten. Dort wird manches getan, wofür wir verantwortlich gemacht werden, wofür wir aber nicht verantwortlich sind. Ich erinnere daran, daß eine Gesetzesmaßnahme, wie das Betriebsrätegesetz, durch den Kontrollrat niemals ein Gesetz sein kann, wie es die Demokratie und die Sozialdemokratische Partei schaffen würde. Wenn wir nicht in der Lage sind, diese Dinge zu ändern, dann vertrete ich die Auffassung, müssen wir in Großhessen erwägen, ob wir nicht unsere Minister unter solchen Umständen aus dem Kabinett herausnehmen sollten. (Sehr richtig!)

Wir sind der Auffassung, daß durch solche Maßnahmen, die wir nicht vertreten können, die gegen die Demokratie verstoßen, die Fundamente der Demokratie gefährdet werden. Ich bin schon der Meinung, daß diese Dinge, weil sie uns auf den Nägeln brennen, sehr eindeutig auf dem Parteitag zur Sprache gebracht

werden müssen, damit die Militärregierungen hören, wie wir über diese Dinge denken. (Beifall.)

Karl Meitmann-Hamburg: Vor mir liegt eine Verfügung, die tief eingreift in den Bestand unserer eben begonnenen politischen Arbeit. In dieser Verfügung heißt es, daß den Beamten in ihrer Gemeinde keinerlei politische Tätigkeit mit Ausnahme der Ausübung ihres Wahlrechts gestattet ist. Es heißt ferner, daß öffentlich Bedienstete mit Ausnahme von Richtern darunter gemeint sind.

Wenn diese Einschränkung für alle öffentlichen Bediensteten in Anwendung kommt, die bei irgendeiner Kreis-, Landes- oder Provinzialbehörde beschäftigt sind, dann dürfen sie einer politischen Partei angehören und Zahlungen an eine Partei leisten, sie dürfen aber weder an politischen Versammlungen teilnehmen oder im Wahlausschuß mitwirken, noch im Bereich des Kreises, der Provinz oder Landesbehörde schriftlich oder mündlich sich für Kandidaten einsetzen. Wenn Worte Sinn haben, dann weiß jeder, was das bedeutet in dieser Zeit der Verirrung der Menschen und der Verwirrung ihrer Begriffe.

Die Alliierten Kontrollmächte haben den unmißverständlichen Willen ausgesprochen, daß Deutschland zur Demokratie aufgebaut werden soll. Das ist nicht nur auch unser Wille, das ist schlechthin, wie Dr. Schumacher es unmißverständlich ausgesprochen hat, die geschichtliche Mission der Sozialdemokratischen Partei und zugleich Deutschlands und Europas Schicksal.

Das Problem ist nun, wie und wer soll die Demokratie in Deutschland aufbauen? Darüber gibt es keinen Zweifel; das können nur wir selbst tun. Wir selber, nicht nur die vielfachen Institutionen, die wir uns im demokratischen Aufbau nun wieder schaffen wollen. Wichtig und entscheidend ist, so schnell wie möglich jene schöpferischen Kräfte in diesen Prozeß der Neugestaltung einzubeziehen.

Ich frage Euch, ist es nicht Unsinn und ein Widersinn in sich selbst, wenn Menschen ausgesucht werden, Plätze zu besetzen und Funktionen auszuüben, die bislang von jenen ausgeübt worden sind, die nicht demokratisch waren, daß aber diese Menschen ausgeschlossen sind, an der schöpferischen Bildung der Meinung, die ihnen zufließen muß, und die berufen sind, als die eigentlichen Kenner der Gesetze solche Gesetze in engster Anlehnung mit dem Volke auszuführen?

Das müssen wir anerkennen: Den Willen und die Absicht der alliierten Kontrollmächte, uns zu helfen, kann weder ich noch einer von Euch in Zweifel ziehen, aber da wir nach den demokratischen

Grundsätzen nicht Objekt, sondern Subjekt unseres Gemeinwesens sein müssen, muß auch jedem Staatsbürger, der politisch zuverlässig ist, das Recht der Betätigung seiner schöpferischen Kraft an unserem Gemeinwesen eingeräumt und erhalten werden. (Sehr richtig!) Das ist und bleibt die ständig fließende Quelle des menschlichen gesellschaftlichen Fortschritts überhaupt, das ist das Grundrecht der Demokratie.

Wie liegen die Tatsachen für uns, für uns alle, nicht nur für unsere Partei? Zwölf Jahre lang haben wir ungeheure Verluste an den Männern und Frauen gehabt. Und jetzt stehen wir vor einem fast absoluten Mangel eines Nachwuchses. Unsere Jugend, der verbleibende Rest, ist, ob wir wollen oder nicht, in die Verantwortung gezwängt worden, in diese notwendige Funktion in der Verwaltung, die jetzt den ersten Beginn einer Art Ordnung abgeben soll.

Wir anerkennen den Grundsatz der Rechtsordnung, daß die Gewalten getrennt sein sollen. Wir haben allzu bitter gelernt, was es heißt, wenn eine der drei Gewalten: Legislative, Exekutive und Rechtsprechung die anderen beiden unterdrückt und ausschaltet. Wir haben größte Achtung vor dem Wachstum der politischen Demokratie in England, die sich nun auf das wirtschaftliche Leben und damit auch auf das soziale Leben und die Kultur des Volkes so segensreich auswirkt.

Aber in England ist die Demokratie in 300 Jahren und mehr organisch gewachsen und hat sich ihren homogenen Verwaltungsapparat aus sich selbst entwickelt. In Deutschland war bis 1918 die dynastische Autokratie das führende Prinzip des Staates und die Beamtenschaft und die Verwaltung ein Vollzugsinstrument, um nicht zu sagen, ein Organ dieser dynastischen Verwaltung. Es war das Schicksal unserer Weimarer Republik, daß die Geheimräte und die neutralen Beamten, die Politik der Autarkie weiterzutreiben die Möglichkeit hatten und auch taten.

Wir wollen, mit einem Wort zu sagen, zu einer lebendigen Verbindung unserer Verwaltung mit dem Volke kommen. Wir wollen nicht, daß das Volk in nicht allzu ferner Zeit sagt: das ist der grüne Tisch, auf uns hört man nicht. Man kann nicht anders als sagen, das ist ein Wachstumsprozeß, Freunde aus England. Wir nehmen jeden Rat und jede Hilfe dankbar an, aber was unter anderen historischen Voraussetzungen in Eurem Lande gewachsen ist, kann nicht hierher übertragen werden. Man kann das Ergebnis eines Wachstums nicht voraussetzen, sondern muß es organisieren. Für uns in Deutschland, für die verarmende, für die hungernde und

verelende Masse sind das Erwartungen, Hoffnungen, Forderungen und Vorstellungen, die für lange Zeit unerfüllbar sein werden.

Es ist für unsere Verwaltung mit unabsehbaren Schwierigkeiten verknüpft, diese Wünsche und Erwartungen zu verwirklichen, und da soll nun die Kenntnis, die Sachverständnis und die Erfahrung jener Menschen, die das Volk und auch die englische Militärregierung und auch die Kontrollmächte für diesen Zweck bestimmt haben, ausgeschaltet bleiben von dieser Durchsetzung und Formung des Volkes. Das ist nicht richtig. Das spürt jeder. Das ist ein Verlust unserer demokratischen Kräfte, den wir in dieser Stunde nicht ertragen können. Ich weiß, daß ich nicht zuviel ausspreche, daß das politische Leben und das demokratische Leben in Deutschland wenn nicht unmöglich gemacht, so doch unnötig unerhört erschwert wird, wenn nicht diesen Menschen, wie allen anderen Bürgern ihre schöpferische Arbeit ermöglicht wird, das heißt, daß sie das Recht der politischen Betätigung zum mindesten in ihrer politischen Partei und nicht nur verpflichtet sind, Beiträge zu bezahlen, sondern auch berechtigt, mitzuberaten, was mit diesen Beiträgen geschieht und zu welchem Zweck diese Politik betrieben wird.

Wir wollen dieses Auseinanderklaffen zwischen Verwaltung und Volk nicht mehr. Es wäre auch ein Unsinn, um nur ein Beispiel zu nennen, wenn wir unseren Lehrern sagen müßten, daß sie die jungen Menschen nicht darüber aufklären dürfen, aus welchem Grunde in England jetzt die Demokratie auch auf die Wirtschaft angewandt wird. Es wäre die Logik des Verbots, jetzt nun den Beamten oder Staatsbediensteten jegliche politische Tätigkeit zu verbieten. Die englische Regierung würde verbieten, daß die Lehrer Verständnis erwecken für ihre eigene Politik in ihrem Lande.

Ich will zum Schluß kommen. Wir als politische Menschen brauchen mehr als das bißchen Brot und die 1000 Kalorien. Geben Sie uns das eine zurück; und es wird sich segensreich für uns, für Europa und für alle Völker auswirken, geben Sie uns das eine zurück: Unsere Freiheit!

Vorsitzender *Julius Lossmann*: Wir vertagen jetzt die Verhandlungen des Parteitagcs auf morgen früh 9 Uhr.

Schluß der Sitzung 18.30 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag

(Freitag, 10. Mai 1946)

Vormittagsitzung

Vorsitzender *Franz Boegler* eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr: Ich habe zunächst noch einige Eingänge bekannt zu geben: Es ist ein Telegramm des Genossen *Eric Nölting* eingelaufen, in dem er mitteilt, daß er durch Krankheit an der Teilnahme verhindert ist. Er wünscht unseren Verhandlungen einen erfolgreichen Verlauf.

Weiter ist ein Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Genossen *Kopf*, eingegangen, der unseren Verhandlungen den besten Verlauf wünscht.

Dann ist eingegangen ein langes Telegramm der *kommunistischen Parteibeirke* der britischen Zone. In diesem Telegramm werden konkrete Vorschläge für eine Zusammenarbeit gemacht mit dem Ziel, daß diese Zusammenarbeit die Vertrauensbasis für die baldige Vereinigung der beiden Parteien auch in der Westzone schaffen soll. Ich glaube mit Ihrem Einverständnis feststellen zu können, daß wir über dieses Telegramm zur Tagesordnung übergehen.

Ferner habe ich bekannt zu geben, daß das Begrüßungstelegramm englischer Unterhausmitglieder an dem Einigungsparteitag in Berlin durch eine offizielle Stellungnahme der *englischen Arbeiterpartei* widerrufen worden ist. Die EntschlieÙung, die die englische Arbeiterpartei gefaÙt hat, lautet: Die Parteiversammlung erklärt sich gegen die Begrüßungsbotschaft, die von gewissen Mitgliedern der Arbeiterpartei zum kürzlichen Berliner Verschmelzungsparteitag abgesandt wurde. Um jedes Mißverständnis auszuschließen, wird festgestellt, daß das Begrüßungstelegramm in keiner Weise die Haltung der Arbeiterpartei widerspiegelt.

Heute vormittag werden wir in der Diskussion über die beiden Referate fortfahren. Außerdem stehen mit zur Diskussion die Vorlage 4, „Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, die Vorlage 7, „Gruß an die internationale Konferenz in London“, die Vorlage 8, „Gruß an die Sozialdemokraten Berlins“.

und der Ostzone", und die Vorlage 10, „Vorschlag für eine Entschliebung zur Rhein- und Ruhr-Frage“.

Genossen und Genossinnen, die Rednerliste enthält bereits mehr als 40 Namen. Wir dürfen darauf aufmerksam machen, daß die einzelnen Redner sich möglichst kurz fassen und daß die bis jetzt feststellbare Rednerinflation aus verschiedenen Städten nicht fortgesetzt wird, sondern daß in den Städten, aus denen sich drei, vier oder mehr Redner gemeldet haben, man sich darauf einigt, daß ein Genosse oder eine Genossin für die Stadt oder den Bezirk die Stellungnahme der Organisation hier vorträgt.

Als erster Diskussionsredner hat das Wort: *Otto Schmidt*, Koblenz.

Otto Schmidt, Koblenz: Da Parteitagskonferenzen neben der Erledigung organisatorischer Fragen in erster Linie den Zweck haben, die grundlegende Stellungnahme zu den Gegenwarts- und Zukunftsfragen vorzutragen, dürfen wir uns als Delegierte dieses ersten Parteitages nach dem Zusammenbruch wohl beglückwünschen zu den beiden Referaten, die wir gehört haben. Die Sozialdemokratie hat damit unter Beweis gestellt, daß sie aus der demokratischen Kinderstube entlassen werden kann und daß sie auf der politischen Bühne nicht nur als Statist, sondern als Partner mitwirken will und mitwirken kann.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang als Vertreter der westlichsten Zone zu einer Frage Stellung nehmen, die uns heute alle bewegt. Wir Sozialisten aus dem Rheinland haben den tiefen Wunsch, daß endlich ein Weg der Verständigung in der Frage gefunden wird, die heute weitestgehend erörtert wird. Wir wünschen, daß unsere Rhein-Fragen unter europäischen Gesichtspunkten gelöst werden. Wenn sie europäisch gelöst werden, dann müssen sie auch so sein, daß sie die Zustimmung unserer deutschen und der rheinischen Sozialisten finden können. Es werden heute über Rhein und Mosel neue Brücken geschlagen. Wir wünschen, daß dieser Brückenschlag auch zwischen den Völkern des Westens endlich so erfolgt, daß eine dauerhafte Verständigung und ein dauernder Friede gesichert sind. Die Sicherung dieses Friedens setzt aber voraus, daß man auch die Lebensrechte und die Lebens-elemente unseres Volkes anerkennt.

Genossen und Genossinnen. Wir haben uns im Westen über die Erklärung unserer französischen Freunde zur Rhein- und Ruhr-Frage gefreut, und wir hätten nur den Wunsch, daß diese Erklärung der französischen sozialistischen Partei auch in ihrem vollen Umfange eines Tages Grundlage der französischen Politik würde.

Wir haben es darüber hinaus dankbar begrüßt, daß uns unsere französischen Freunde und Sozialisten die erste Unterstützung zuteil werden ließen, und wir haben diese Unterstützung, auch wenn sie vorerst nur ideell zu werten ist, wahrhaftig notwendig.

Wir leben in einem Gebiete, in dem der autoritäre Gedanke noch nicht gestorben ist. Die autoritäre Politik des Nationalsozialismus hat in der Verwaltung und in sonstigen allen möglichen Dingen des öffentlichen Lebens in der CDU. teilweise einen Nachfolger gefunden, die nicht das ist, was sie vorgibt zu sein, nämlich eine demokratische Partei. Wenn diese Leute Demokraten werden wollen, dann müssen sie noch sehr viel lernen. Ihr Machtanspruch ist äußerst stark und wir haben manchmal das Gefühl, daß diese Partei bewußt ihre gesamte Abwehrfront gegen die Sozialdemokratische Partei aufbaut. Es ist heute in unserem Gebiet vielfach noch genau so schwer, Sozialdemokrat zu sein, wie kurz nach 1933. Die CDU. führt dabei zwei Elemente in ihrer Taktik an. Das eine ist die Betonung der religiösen Fragen. Genossen und Genossinnen, wir haben als Sozialdemokraten bereits klar und eindeutig darauf hingewiesen, daß es ein nicht berechtigter Anspruch einer politischen Partei ist, sich als christlich zu bezeichnen. (Sehr richtig.)

Wir als Sozialisten nehmen für uns in Anspruch, in der Tat der Bergpredigt viel näher zu stehen, als mancher sogenannte christliche Demokrat. (Sehr richtig.) Und wir sind darüber hinaus auch nicht gewillt, die CDU. aus der Schuld loszulassen, die ihre Vorläufer auf sich genommen haben. Die CDU. versucht heute, beide Kirchen in den Vordergrund ihrer politischen Arbeit zu schieben, weil sie selbst in ihrer Vergangenheit trotz ihres neuen Namens ja nicht zum Club der Unschuldigen gehört. Aber die Kirche ist ja auch nicht frei von nationalsozialistischer Schuld geblieben, nur daß die CDU.-Männer von früher, die sich heute hinter ihr verbergen, an der Schuldfrage noch einen viel größeren Anteil haben. Wir wollen und werden es nicht vergessen, daß die Zentrumspartei als Kader der CDU. seinerzeit im Reichstag Adolf Hitler das Ermächtigungsgesetz erst ermöglicht hat. (Sehr richtig.)

Die Auseinandersetzungen zwischen der CDU. und uns werden aller Voraussicht nach im Rheinland in den nächsten Monaten schärfere Formen annehmen. Wir Sozialdemokraten sind gewillt, unseren eigenen selbständigen politischen Anspruch gegen den Machtwillen der CDU. zu verteidigen und geltend zu machen.

Eine kurze Erklärung für unsere Stellungnahme gegenüber den kommunistischen Bemühungen. Der Bezirk Koblenz-Trier hat es einstimmig abgelehnt, diese Frage überhaupt zu diskutieren. Die Kommunisten haben sich in der Adresse geirrt. Wir haben bei uns

gefunden, daß die KPD. und die CDU. viel besser in ihrem politischen Spiel gegen die Sozialdemokratie zusammenpassen, als die Kommunisten zu uns passen würden. Die kommunistische Politik ist heute genau so unfrei wie sie es früher war. Ein zu uns übertretener KPD.-Mann sagte mir: Mein lieber Genosse Schmidt, ich komme zu Euch, ich bin nie ein Anhänger der bürgerlichen Parteien gewesen und ich möchte auch heute nicht in einer bürgerlichen Partei sein. Der Nationalismus der Kommunisten ist bürgerlich, wenn er auch im russischen Teekessel gekocht wird. Bürgerlich ist der alte Kampf gegen die Sozialdemokratie, den die Kommunisten führen, und bürgerlich sind ihre Methoden, mit denen sie uns bekämpfen. Wir sind entschlossen und gewillt, frei und unabhängig unser altes Banner, die Idee des Sozialismus, weiter vorwärts zu tragen. (Beifall.)

Willi Eichler, Köln: Wir waren sicher alle sehr froh, von unseren beiden Hauptrednern so weitgehende programmatische Kundgebungen zu vernehmen. Kundgebungen, wie sie heute vielleicht nicht anders möglich waren. Ich glaube trotzdem, daß wir angesichts der bevorstehenden Wahlkämpfe und der Auseinandersetzungen sowohl mit den Kommunisten als auch mit der CDU. heute bereits ein konkreteres Programm brauchen, und zwar ein Programm in politischer und sozialer Hinsicht, ein konkreteres Programm, als es der Genosse Schumacher uns gestern bieten konnte. Wir haben aus der Rede Schumachers mehr ein Bekenntnis zu Sozialismus und zur Demokratie als ein Programm gehört. Ganz gewiß ist dieses Bekenntnis die Grundlage dessen, was ein Programm der Sozialdemokratie enthalten sollte. Trotzdem glaube ich — und die Diskussion, falls sie ausgedehnter sein könnte, würde das bestätigen —, daß es nötig wäre, auch eine innere Klärung von Begriffen und Problemen herbeizuführen, die uns vor Jahrzehnten selbstverständlich und gelöst erschienen.

Ich erinnere hier nur an einen einzigen Begriff, an den der Ver-gesellschaftung der Produktionsmittel. Seit Dutzenden von Jahren glaubten wir zu wissen, daß das gesellschaftliche Unrecht in seiner wirtschaftlichen und sozialen Ausbeutung dadurch beseitigt wird, daß man die Produktionsmittel vergesellschaftet. Das große Experiment in Rußland seit 1917 zeigt uns, wie sehr wir alle irregeleitet waren, und wie sehr wir dogmatisch befangen waren in der voreiligen Verallgemeinerung eines bestimmten Einzelproblems. Wir erleben heute, obwohl es in Rußland ganz gewiß keine kapitalistische Ausbeutung gibt, daß dort nur eine andere Gruppe von Nutznießern einer Partei und eines Wirtschaftssystems sich etabliert

hat. Und man kann darüber streiten, welches System von beiden das weniger vorzugswürdige ist.

Es kann uns ähnlich gehen, wenn wir beim Begriff des Eigentums nicht in die Tiefe des Problems gehen, und wenn man sich mit der einfachen Erklärung Proudhons begnügen würde, daß Eigentum „Diebstahl“ sei. Wir brauchen in unserem Programm eine Feststellung darüber, ob wir die Anerkennung der Existenzberechtigung der kleinen Unternehmer und der Bauern als eine vorläufige, uns durch die politischen Ereignisse aufgezwungene Konzession betrachten, oder ob wir heute grundsätzlich der Meinung sind, daß beispielsweise ein gesunder Bauernstand in der deutschen Wirtschaft wirklich notwendig und berechtigt ist.

Schließlich, so scheint mir, sollten wir auch die Geschichte der letzten dreißig Jahre vom Parteistandpunkt aus einer Revision unterziehen. Meine persönliche Meinung ist, daß die russische Revolution keineswegs identifiziert werden sollte mit der Entwicklung und mit dem Abstieg, der sich sowohl in Rußland als auch vor allem in der Komintern vollzogen hat. Ich glaube, daß eine unbefangene Geschichtsbetrachtung ohne Schäden für die sozialistische Bewegung und ohne Schäden für das sozialistische Urteil feststellen könnte, daß dort in Rußland 1917 ein Volk versucht hat, wahr zu machen, was der deutsche Dichter Herwegh uns geraten hat, als er dem deutschen Volk vergeblich zurief: Versuch es doch nur einen Tag, nur einen frei zu sein!

Es spricht weder gegen die Anstrengungen der russischen Genossen damals, noch gegen die Revolution überhaupt, daß das schließlich alles ganz anders verlaufen ist, als irgendeiner sich denken konnte. Ich will mit dieser Bemerkung nur die Anregung geben, damit sie fruchtbar gemacht werden kann, in der Diskussion über die Kommunisten, wenn auch nicht in der Diskussion mit den Kommunisten. Ich bin der Meinung, daß man gegen die Kommunisten heute gar keine Argumente nötig hat, die braucht man nur bei Leuten, die selbständig denken können und sich überzeugen lassen wollen, was für die Kommunisten nicht in Frage kommt. Was ich meine, ist aber, daß wir mit Sozialisten und anderen Arbeitern darüber sprechen sollten, die keineswegs Kommunisten sind, die aber von uns eine objektive Stellungnahme zu allen Phasen der Geschichte hören wollen, auch zu der Geschichte, die nicht unsere eigene war.

Ein paar Worte zur Frage des unmittelbaren Kampfes. Es sind gestern eine ganze Reihe von Beschwerden gegen die Politik der Militär-Regierungen erhoben worden, und ich möchte eine noch hinzufügen. Ich möchte hier zunächst für unsere Parteitaktik und

Parteipolitik eine Beobachtung mitteilen, die ich in einer ganzen Reihe von Versammlungen und Kundgebungen unserer Partei gemacht habe. Es scheint mir, daß wir mehr den unmittelbaren Sorgen der Bevölkerung unsere Aufmerksamkeit zuwenden sollten, als bisher, obwohl wir dies bisher keineswegs unterlassen haben, weil wir diese Sorgen nicht gesehen hätten, sondern weil wir mit den unmittelbaren Schwierigkeiten infolge der Besetzung und des Aufbaues der Partei beschäftigt sind.

Mir scheint, daß in unsern Kundgebungen z. B. die ungeheure Verschlechterung des Lebensstandards gerade der arbeitenden Klasse in Deutschland nicht genügend berücksichtigt wird. Es gibt Arbeiterkategorien auch von Arbeitern, die in Arbeit stehen, keineswegs nur heimatlose Flüchtlinge, die am Rand des Existenzminimums und darunter leben. Es genügt nicht oder ist sogar falsch, denen gegenüber festzustellen, daß all das nötig sei, um den Kaufkraftüberhang abzustoppen. In den Taschen der Arbeiter und aus ihren Taschen heraus hängt heute nicht mehr sehr viel Kaufkraft, die abzuschöpfen wäre. Dagegen gibt es durchaus Leute und Bevölkerungsschichten, wo noch sehr viel Kaufkraft nicht nur überhängt, sondern die zum Schaden der Gemeinschaft zum Beispiel auf dem schwarzen Markt verbraucht wird. Es ist dringend nötig, die überhängende Kaufkraft dieser Leute völlig abzdrosseln.

Zur Frage der Entnazifizierung, die jetzt auf das Trapez gebracht wird durch die Bildung der Entnazifizierungsausschüsse in der britischen Zone. Auch hier scheint mir, daß es dringend Zeit wird, daß unsere Arbeit eine klare Stellungnahme abgibt, nicht so sehr darüber, was mit den Nürnberger Verbrechern zu geschehen hat, denn das ist ja klar, — sondern mit den anderen, und ob überhaupt etwas geschehen soll mit denen, die sogenannte Mitläufer der Partei gewesen sind. Wir müssen klar und eindeutig programmatisch erklären, was gestern hier angedeutet wurde.

Die Jugend muß, soweit sie nachweisen kann, daß sie nur Mitläufer war, eine Chance haben, in unserer Partei mitzuarbeiten und nach einer gewissen Zeit dort zu Funktionen und Ansehen und Einfluß zu kommen. Wenn das nicht geschieht, besteht die große Gefahr, daß sie entweder zu der CDU, oder zu der KPD, läuft, die in ihren Versprechungen wesentlich großzügiger sind. Wir wollen keineswegs diese Volksschicht zum Gegenstand bloßer Propagandaaktionen machen, sondern sie soll bei uns wirklich mitarbeiten und politisch umerzogen werden.

Zur Frage der KPD, brauche ich wohl nicht zu reden. Mir scheint nur, daß wir uns nicht begnügen dürfen, zu glauben, die kommunistische Partei habe ja ein derartig korruptes politisches System

der Propaganda, daß sie damit nicht Einfluß gewinne. Ich möchte daran erinnern, daß auch die NSDAP. eine gewissenlose Partei war, die es mit der Wahrheit keineswegs ernst nahm, — und sie wurde trotzdem eine Massenpartei. Was die KPD. gefährlich macht, sind drei Dinge. 1. Sie hat unbegrenzt viel Geld, 2., erhalten ihre Funktionäre eine sehr konzentrierte Schulung und 3., worauf Genosse Schumacher bereits hingewiesen hat, es herrscht eine außerordentliche Disziplin in ihren Reihen. Diese drei Dinge haben wir in unserer Partei bis heute keineswegs erreicht. Ich will nicht sagen, daß wir dieselbe Methode in unseren Reihen anwenden müßten, aber wir müssen uns überlegen, was wir tun wollen, um eine adäquate Einrichtung in unseren eigenen Reihen durchzuführen und mit derselben Schlagkraft der Wahrheit zu dienen wie die kommunistische Partei der Lüge dient.

Ein Wort über das Christentum. Wir müssen uns auch hierüber klar werden, was es bedeutet, wenn wir sagen, was wohl richtig ist, es könne jemand aus dem Geiste der Bergpredigt heraus Sozialist werden. Wir müssen uns dann aber auch klar sein darüber, daß kein geringerer als Karl Marx die „Religion als Opium für das Volk“ erklärt hat, und kein geringerer als August Bebel gesagt hat: Christentum und Sozialismus stehen einander gegenüber wie Feuer und Wasser. Aber diese beiden Sozialisten haben gewiß kein Evangelium geschrieben. Nur man muß sich darüber verständigen, was wir heute darüber denken. Das ist auch propagandistisch nötig.

Was nötig ist zur Aufklärung der Militär-Regierung in diesem Zusammenhang, ist etwas anderes. Es ist bei der Militär-Regierung der Aberglaube verbreitet, daß die Kirche lediglich eine religiöse Institution sei, die mit Politik nichts zu tun habe. Es kann überhaupt keine falschere Auffassung geben als diese. (Sehr richtig.) Wenn es überhaupt eine politisch straff organisierte, über den Krieg und den Nationalsozialismus über alles hinweggekommene stabile Organisation gibt, die der Reaktion und zum Teil sogar der nationalistischen Reaktion dient, dann ist das jedenfalls in Deutschland die Kirche. Die Kirche hat vor kurzem im Rheinland einen Bischofsbrief herausgegeben, der ganz und gar von vorn bis hinten ein politisches Dokument ist. Es haben die Bischöfe unter anderem diese Sorge:

„Wie ein Alpdruck lastet auf dem deutschen Volke die oft verfehlte Art, wie seine Besieger die Stellen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft von Anhängern des alten Regimes zu säubern suchen.“

Dann geht es weiter mit Klagen über die armen Wirtschaftler und Beamten, die oft schon seit Monaten ohne Urteil im Gefängnis saßen, — ohne daß die Bischöfe ein Wort sagen, daß früher jemand ein Dutzend Jahre im Gefängnis saß, dem man nichts vorwerfen konnte, als daß er Sozialdemokrat oder Kommunist war, ohne daß die armen Wirtschaftler oder Beamte sich dagegen empörten, die heute meist froh sein können, daß sie nicht längst erschossen sind —, denn das Urteil für viele ist längst durch die Geschichte gesprochen, und nur noch nicht vollstreckt.

Zum Schluß ein Wort über die Internationale. Es ist ganz gewiß richtig, sich über die internationale brüderliche Hilfe unserer Genossen zu freuen, aber es ist keineswegs erlaubt zu glauben, damit sei die Internationale wieder hergestellt. Lassen Sie uns hier offen reden, ohne jedes Ressentiment, ohne irgend jemand anzuklagen: in einigen Tagen tritt eine internationale sozialistische Konferenz zusammen; Deutsche sind dazu noch nicht eingeladen. Daran können Sie deutlich sehen, wie groß heute noch die Hemmnisse für einen wirklich internationalen Aufbau sind.

Ich will mich darüber nicht beschweren, sondern möchte jetzt auf die Behandlung der Rhein-Ruhrfrage kommen, die von einem bestimmten Gesichtspunkt aus außerordentlich wichtig ist. Wenn wir dafür eintreten, den Rhein und die Ruhr nicht abzutreten, nicht politisch annektieren zu lassen, dann dürfen wir nicht die Sicherheitswünsche unserer Nachbarvölker und unserer Genossen zu bagatellisieren suchen. Diese Sicherheitswünsche sind sehr real. Frankreich hat nach dem vorigen Kriege auf seine verschiedenen Sicherheitswünsche eine Reihe von Versprechungen bekommen, die aber nie gehalten worden sind.

Wenn wir gegen die Abtretung der Ruhr sind, sollten wir etwa so argumentieren: Die Abtrennung der Ruhr ist nicht deshalb gegen unseren Wunsch und Willen, weil die Ruhr deutsch ist. Wenn die Ruhr internationaler Gefahrenherd ist, sollte sie abgetreten werden. Tatsache ist, und darauf sollten wir hinweisen, daß sie das nicht ist. Deutschland hat nie heimlich aufgerüstet, sondern offen unter der Kontrolle aller Nationen, auch der heutigen Siegernationen, und wir haben uns lange den Mund fußlig geredet und die Finger krumm geschrieben im Inland und Ausland, um die Völker auf die Kriegsgefahr hinzuweisen, die von Hitler drohte. Wenn wir heute dafür eintreten, das zu liquidieren, die Ruhr wirtschaftlich zu internationalisieren und jeden Anschein zu nehmen, als wenn die Wirtschaft des Ruhrgebietes jemals wieder Angriffszwecken dienen könnte, dann müssen wir auch sagen: zur Siche-

rung des Friedens und der Verhinderung der Kriegsausrüstung ist keine politische Abtretung der Ruhr notwendig.

Aber gerade hier komme ich zurück auf die Internationale. Die Internationalisierung der Ruhr ist eine Lösung nur, wenn sie eine sozialistische Internationalisierung ist. Und man stelle sich vor, was es bedeuten würde, wenn ein Komitee internationaler Sozialisten einen solchen Plan vorlegen würde.

Wenn wir heute davon reden, daß wir die Menschenrechte und die Rechte der Völker in unserem Programm verwirklichen, dann müssen wir andererseits wissen, daß unser schönstes Lied aufhört: Das Menschenrecht wird durch die Internationale erkämpft. (Lebhafter Beifall)

Klaus Peter Schulz, Berlin. Bei der gestrigen Eröffnung des Parteitags haben wir wohl alle Minuten tiefer Bewegung durchlebt, als das Lied von Tord Foleson erklang. Dieses Lied mußten wir Deutschen jahrelang tief in unserem Herzen bewahren und auch das Motto dieses Liedes: „Das Banner kann stehen, wenn der Mann auch fällt.“

Wir haben alle das Gefühl, daß mit diesem ersten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie nach 15 Jahren das Banner wieder entrollt ist. Die Ergriffenheit dieser Minuten muß sich aber verwandeln in politisches Tatbewußtsein. Und wir sind dem Genossen Schumacher dankbar, daß er in einer großen und geschichtlich bedeutsamen Rede diesen Gesichtspunkt klar herausgestellt hat. Ich glaube, nicht viel zu sagen, wenn ich feststelle, daß Genosse Schumacher gestern als Vertreter der besten Kräfte Deutschlands gesprochen hat. (Sehr richtig.)

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß auch die Sozialdemokratie in der Vergangenheit viele Fehler begangen hat, und wir wollen nicht verkennen, daß ein großer Teil der Arbeiter aus unseren eigenen Reihen in den vergangenen 13 Jahren den Verlockungen des Nationalsozialismus erlegen ist. Aber ich möchte von dieser Stelle aus bekennen, daß der Kern der Partei und unserer Bewegung sich von diamantener Härte und kristallklar erwiesen hat: die Sozialdemokratie, die das Sozialistengesetz und die verunglückte Revolution von 1918 überwand, konnte auch die zwölf Jahre des Nationalsozialismus überdauern.

Genosse Schumacher hat die großartige Aktualität des Sozialismus in der Gegenwart plastisch herausgestellt. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen dieses geschichtlichen Phänomens sehen heute, allerdings etwas anders aus, als Marx und Engels sie sich seinerzeit vorzustellen vermochten. Das Räderwerk des Kapitalis-

mus in Deutschland hat sich nicht von selbst totgelaufen in einer Überproduktion, in einer Akkumulation, die nicht mehr tragbar war, sondern ist unter Hitler zu einem Amoklauf gegen sich selbst angetreten und hat vieles an eigener Substanz unter den Trümmern begraben, darunter aber auch unendliche Werte.

Das entstandene Vakuum, dem wir uns jetzt in Deutschland gegenüber sehen, müßte mit elementarer Gewalt alle Kräfte der Gestaltung und des schöpferischen Lebens anziehen. Ich möchte sagen: haben wir den Mut, heute einmal aus allem Elend unseres materiellen Lebens und aus allen Nöten der Gegenwart den Blick zu erheben und klar zu erkennen, daß die Voraussetzungen, die wir heute auf dem Gebiete der Wirtschaft vorfinden, hohle Fassade bleiben müssen, wenn es uns nicht gelingt, den neuen Menschen zu schaffen, der etwas mit diesen Voraussetzungen anzufangen in der Lage ist.

Wir dürfen in der Zukunft nicht mehr die reinen Geschäfte einer Parteiorganisation besorgen, — so selbstgenügsam sind wir nicht —, sondern wir fühlen uns als Träger einer neuen Welt. Aber dieses Gefühl muß uns zur Verdoppelung und zur Verdreifachung der Kräfte führen. Wir kommen an der Verpflichtung nicht vorbei, den Neubau von Grund auf anzufangen, ja schon mit dem Wort, der Rede und der Schrift.

Das Wort hat in den letzten 13 Jahren eine ungeheuerliche Entwertung erlebt. Es sollte ein Mittler der Verständigung zwischen den Menschen sein, aber man hat es mißbraucht zur Lügenpropaganda, zur Verdrehung der Tatsachen. Wollen wir uns geloben, dem Worte überall dort, wo wir in die Öffentlichkeit treten, seine Würde und seine Wahrhaftigkeit wiederzugeben, nicht mehr und nicht weniger zu sagen, als wir verantworten können und in unserem Herzen fühlen. Dann aber müssen wir aber auch vom Wort zur Tat schreiten. Wir wissen es alle, daß die Tat auf materiellem und praktischem Gebiete uns heute vor sehr enge Grenzen stellt. Das geistige Feld ist aber unermeßlich groß.

In diesem Zusammenhange lassen Sie mich einige Worte zu den Ausführungen Dr. Schumachers sagen über das ideologische Fundament unserer Partei und unserer Bewegung. Wir alle freuen uns, wieviel Ewigjunges in den Lehren der großen Altmeister des Sozialismus noch heute steckt, wieviel Unerfülltes ihrer Gedanken wir heute noch einzulösen haben. Aber als moderne kritische Menschen müssen wir uns vorbehalten, auch unsere Weltanschauung illusionslos und nüchtern zu überprüfen. Die marxistische Dialektik ist zweifellos nach wie vor die beste Methode zur Durchleuchtung des kapitalistischen Produktionsprozesses, und auch die materialisti-

sche Geschichtsauffassung hat auf allen Gebieten, wo man sie zum Beweis heranziehen kann, eine grandiose Bestätigung gefunden. Gerade die Kreise, die am wenigsten von der materialistischen Geschichtsauffassung wissen wollten, sind ihren Gesetzen am stärksten unterworfen gewesen.

Wir erinnern uns an den Selbstauflösungsprozeß des Bürgertums, politisch vor 1933, geistig nach 1933, wir erinnern uns, daß das gesellschaftliche Sein des Bürgertums, das Kleben an Posten wie an persönlicher Sicherheit es veranlaßt hat, seine Ideale zu verleugnen und aufzugeben, im Strome der Zeit hin- und herzuschwanken wie ein Blatt im Winde. Darum erkennen wir die materialistische Auffassung überall dort an, wo wir es mit den Massen zu tun haben, mit den unkontrollierbaren Instinkten, die die Verhältnisse weder erkennen noch über sie hinauswachsen können. Aber wir sehen heute ein, daß das geistige, das kulturelle und moralische Leben nicht nur einen Überbau der ökonomischen und wirtschaftlichen Verhältnisse darstellt, sondern Eigengesetzlichkeit zu entwickeln vermag, und das überall dort, wo die freie menschliche Persönlichkeit vor der Entscheidung des Entweder-Oder steht.

Ich glaube nicht, daß Genosse Schumacher die materialistische Geschichtsauffassung in allen Punkten aufrechterhalten will. Wenn er es täte, dann hätte er sich selbst widerlegt, durch sein eigenes Beispiel als Zeuge für die Hunderttausende, die in den letzten zwölf Jahren unsäglich gelitten und es doch nicht fertig gebracht haben, ihre Überzeugung und ihre Treue zum Sozialismus zu verleugnen. Wir jüngeren Sozialisten gewinnen daraus die Überzeugung, daß die Kraft der Ideen einen Faktor darstellt, der ebenfalls Geschichte machen kann, und zwar die besten, die reinsten und edelsten Kapitel der Geschichte, die zwar den unerfreulichen quantitativ unterlegen sind, aber durch ihr moralisches Schwergewicht überwiegen.

Ich spreche als Vertreter der Generation zwischen 30 und 40 Jahren. Wir haben als junge Menschen im Alter von 18, 20 und 22 Jahren den Nationalsozialismus erlebt. Uns blieb damals nichts anderes übrig, als die Zeichen der Zeit aufmerksam zu studieren. Auch wir waren allein auf die Kraft der Idee angewiesen, aber sie hat uns befähigt, uns für die Aufgabe vorzubereiten, einmal die Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.

Wir empfinden Ehrfurcht vor dem Riesenwerk von Marx und Engels. Aber vielleicht ist unsere Ehrfurcht vor den Hunderttausenden und Millionen, die in den letzten zwölf Jahren durch ihre Qualen und Leiden und durch ihre Standhaftigkeit selbst Geschichte gestaltet haben, noch größer. Darum sind wir jüngeren Sozialisten

durchglüht von der Besessenheit und dem leidenschaftlichen Willen, den Nationalsozialismus nicht nur zum Tode zu verurteilen, sondern auch ein „Nie wieder“ hinter diese Zeit zu setzen. (Sehr richtig.)

Wir sind nicht bange darum, daß wir aus unserem Geiste und unserer Überzeugung heraus auch die jüngeren Jahrgänge gewinnen können. Aber wenn wir Erfolg haben sollen, dann lassen Sie mich zum Schluß noch ein Wort an die Besatzungsmächte richten. Ihr habt uns von der Bestie des Nationalsozialismus befreit und wir werden Euch ewig danken dafür. Wir verstehen es auch, daß Ihr vor einem Jahr mit Mißtrauen in unser Land gekommen seid, aber ich hoffe, daß dieser Parteitag dazu beitragen möge, daß Ihr bei diesem Mißtrauen nicht stehen bleibt. Bindet uns nicht die Hände, gebt uns die Möglichkeit, in Freiheit und Gerechtigkeit aufzubauen. Gerade als Vertreter der Berliner Sozialdemokratie, bei der gerade die jüngeren Elemente in die Bresche gesprungen sind, als es galt, einen neuen verruchten Anschlag auf die Demokratie abzuwehren, möchte ich sagen: helft uns, eine wahre Demokratie in Deutschland zu schaffen und unterstützt die politische Bewegung, die als einzige den Beweis erbracht hat, wie teuer ihr die Demokratie ist, weil sie nicht nur unmenschlich darum gelitten hat, sondern sich oft genug selbst verleugnen mußte: Die deutsche Sozialdemokratie. (Bravo!)

Gustav Dahrendorf, Hamburg: Ich habe es für den Genossen Werner Jakobi, Iserlohn, übernommen, einige Worte der Begründung zu einer Entschließung zu sagen, die von ihm mit den erforderlichen Unterschriften aus vier Bezirken eingereicht worden ist.

Es ist eine Entschließung zur Flüchtlingsfrage. Die Genossen Schumacher und Agartz haben von der Notwendigkeit einer sozialistischen Planungswirtschaft gesprochen. Es kommen dafür viele und wesentliche Gründe zum Ausdruck, die von beiden genannt worden sind. Ich will einen höchst aktuellen Grund herausgreifen, der die Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft noch zwingender macht, als sie es ohnehin ist. Das ist der Zustrom von Millionen von Flüchtlingen aus den abgetrennten Gebieten. Der Genosse Schumacher hat das gute Wort gesprochen, daß wir die Sache der Flüchtlinge zu unserer eigenen machen. Das ist gut und das ist richtig. Die Entschließung, die der Genosse Werner Jakobi vorgelegt hat, und von der ich annehme, daß sie auch den Delegierten heute bekannt gegeben wird, spricht aber noch mehr aus. Sie sagt in ihrem Schlußsatz darüber hinaus, der Parteitag lenke das Augenmerk der Welt auf die Notwendigkeit, die Fragen der

Grenzziehung im Osten im Geiste einer Politik des versöhnenden Ausgleichs zu lösen. (Sehr richtig.)

Ich bin mir darüber klar, daß diese Frage unserer Mitwirkung entzogen ist. Trotzdem interessiert sie uns allgemein und in einem ganz besonderen Sinne. Genossen und Genossinnen, es gibt Anzeichen dafür, daß diese Grenzen, in einem größeren Zusammenhang gesehen, eine bestimmte politische Funktion haben. Das Gerücht über die Verlegung der Grenzung von der Görlitzer Neiße an die Oder, von der bereits gestern der Genosse Schumacher sprach, deutet darauf hin. Dieses Gerücht mag im Augenblick grundlos sein. Ich bin überzeugt, es ist das nicht auf die Dauer. Ich will eine Frage stellen: Spielt die vorläufige Grenzziehung im Osten nicht eventuell eine wesentliche Rolle als Teilstück einer politischen Konzeption, die darauf abzielt, ganz Deutschland mit den Mitteln politischer und pseudo-nationaler Propaganda, dem Einflußbereich zu unterwerfen, dem die Ostzone bereits unterworfen ist? (Sehr wohl.)

Wir wollen es abwarten. Aber wir müssen diesen Zusammenhang sehen. Es ist im Grunde genommen derselbe Zusammenhang in dem wir auch die Zwangsvereinigung in der Ostzone sehen müssen. Denn diese Zwangsvereinigung ist kein Vorgang, dem nur als Einzelercheinung Bedeutung zukommt. Heute ist gar kein Zweifel mehr darüber möglich, daß diese Zwangsvereinigung von langer Hand vorbereitet worden ist. (Sehr gut.) Wahrscheinlich stand sie auf dem Plan vor dem Zusammenbruch Hitler-Deutschlands, vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt. Der Zeitpunkt ist beschleunigt worden aus vielen Gründen, auch aus dem besonderen Grunde, weil die tatsächliche Stimmungslage des deutschen Volkes schneller und klarer erkennbar war, als es zunächst vielleicht für wahrscheinlich gehalten wurde.

Wir haben oft, solange ich noch in Ostdeutschland gelebt habe, über diese Fragen in kleinem Kreise gesprochen. Wir waren uns darüber im klaren: Wenn Sozialdemokraten, die es nicht nötig haben, sich unterwerfen, machen sie sich mitschuldig an der regionalen Spaltung der Sozialdemokratischen Partei, aber nicht nur daran, auch an der Gefährdung der Einheit Deutschlands. (Sehr gut.) Darüber darf es auch unter uns keinen Zweifel geben. Ich will einmal öffentlich feststellen, daß es Otto Grotewohl war, der diese Erkenntnis, die ich eben formulierte, selbst ausgesprochen hat. Es wäre reizvoll, die Gründe zu untersuchen, die tatsächlich für jene Sozialdemokraten maßgebend sind, die es nicht nötig hatten, sich zu unterwerfen. Aber meine Redezeit reicht dazu nicht aus. Über eines aber müssen wir uns klar sein, jene Gründe, die

vom Osten herübertönen, sind nicht die echten Gründe, weil die Drahtzieher der ganzen Unternehmung die Gefahren auch für die Einheit Deutschlands sahen, und weil sie diese Gefahren wollten. Gerade darum, wird heute vom Osten her die Einheit Deutschlands als so besonders dringlich betont. Wir sehen darin, daß selbst die nationale Einheit für expansive politische Zwecke mißbraucht wird. Sehen wir diese Gefahr!

Sie sind offenbar geworden auch in dem Kampf um die Stahlquote. Sie sind offenbar geworden in dem Kampf um den Lebensstandard. Die Entscheidung in diesen wesentlichen Fragen liegt nicht bei uns. Aber eine für Deutschland günstige Entscheidung wird auch davon abhängen, wie weit wir insbesondere die Arbeiterschaft für den demokratischen Gedanken mobilisieren können. Seien wir uns darüber klar, durch eine kleine Tür des eisernen Vorhanges des Ostens werden bewußt immer massivere Propagandameldungen kommen, über die Erfolge der Einheit, über den wirtschaftlichen Aufstieg und die versorgungswesentliche Verbesserung. Niemand hat hier, oder wenige haben die Möglichkeit sie auf ihre Richtigkeit zu kontrollieren. Sie sind dazu angetan, besonders die Arbeiterschaft mit ihren Hoffnungen nach dem Osten zu lenken. Wir müssen demgegenüber immer wieder und offen aussprechen:

Deutschland hat nur eine nationale Zukunft, wenn es gelingt, zum diskussionslosen Grundsatz eines künftigen Deutschlands den Grundsatz zu machen, mit allen Völkern in Frieden und Freundschaft zu leben. (Sehr richtig.) Noch eins: Allen propagandistischen Verlockungen gegenüber möge besonders die deutsche Arbeiterklasse eine Lehre aus dem Dritten Reich nie vergessen. In einem totalitären Regime, selbst wenn es aus weltanschaulichen Antrieben entstanden ist, gehen diese weltanschaulichen Antriebe mit Naturgesetzlichkeit verloren. (Sehr richtig.)

Es bleibt nichts übrig, als die Macht um ihrer selbst wegen, die in den Händen einer kleinen Oberschicht vereinigt ist und der gegenüber die breiten Massen des Volkes, insbesondere die Arbeiterklasse nichts anderes sind und ist, als das, was wir in den letzten zwölf Jahren waren, nämlich Heloten und Untertanen.

Wir wollen darum neben den vielen und guten Gründen, die es für die Demokratie gibt, noch einen Grund nicht vergessen, den unlängst einmal ein amerikanischer Theologe ausgesprochen hat:

Die Fähigkeit des Menschen, gerecht zu sein, macht Demokratie möglich; die Neigung des Menschen, ungerecht zu sein, macht Demokratie notwendig. (Bravo.)

Friedrich Caspary-Frankfurt: Die künftige Gestaltung Deutschlands wird neben der politischen Haltung der Arbeiterschaft in Zukunft wesentlich mit davon beeinflusst werden, wie sich die Haltung der proletarisierten bürgerlichen Schichten in Zukunft gestalten wird.

Es ist menschlich verständlich, daß diese Menschen, die nun in den letzten Jahrzehnten teils aus ökonomischen Gründen, teils infolge der Nachwehen der nationalsozialistischen Zeit verproletarisiert sind, zunächst einmal den erheblichen Wunsch haben, in einem neuen Deutschland wieder die Stellung einnehmen zu können, die sie seither eingenommen haben. Man wird also grundsätzlich damit rechnen müssen, daß diese Schichten dem Bestreben unserer Partei, ein neues sozialistisches und demokratisches Deutschland aufzurichten, Widerstand entgegenzusetzen müssen.

Die CDU macht sich diese rein menschliche Entwicklungsmöglichkeit zunutze, indem sie zunächst einmal die Frage aufwirft, ob ein Sozialismus unserer Prägung für diese Menschen überhaupt in Frage kommt und dann weiterhin einen Unterschied zu konstruieren versucht zwischen einem marxistischen Sozialismus und einem christlichen Sozialismus. Deshalb ist es notwendig, daß wir uns bei den Kundgebungen dieses Parteitages auch einmal mit der Frage befassen, wo die Grenze liegt für die von uns geplante Vergesellschaftung, und daß wir klar und eindeutig beantworten, ob die Schichten des Handwerks und die bäuerlichen Schichten zu sozialisieren sind oder nicht. Die Genossen Schumacher und Agartz haben gestern herausgestellt, daß das Handwerk und das Bauerntum nichtkapitalistische Elemente in sich tragen, die wir nicht zu bekämpfen brauchen. Und ich glaube, wir können dieser Feststellung und dieser Meinung voll beipflichten. Denn wenn wir den Kapitalismus bekämpfen, dann bekämpfen wir eben diese unfaßbare Gewalt.

Wir bekämpfen aber keinesfalls den Menschen, der in dem Wirtschaftsprozeß, in der Praxis nichts anderes einzuwerfen hat, als der Arbeiter, nämlich die Arbeit seines Kopfes und seiner Hände. Soweit ein Unternehmertum mithin darauf beruht, daß es in erster Linie diese Arbeit seiner Hände und seines Kopfes zum Gegenstand seiner wirtschaftlichen Betätigungen macht, haben wir zweifellos keine Veranlassung, die Umgestaltung dieses Unternehmertums durchzuführen.

Die Entwicklung der russischen Wirtschaft hat ja auch wohl bewiesen, daß das Fehlen dieses Unternehmertums einer der wesentlichsten Mängel des russischen Staatskapitalismus ist. Infolgedessen können wir meines Erachtens klar und eindeutig heraus-

stellen, daß das Handwerk und das Bauerntum fortbestehen sollen als freie Unternehmer, freilich unter genossenschaftlichen Zusammenschlüssen für bestimmte Gemeinschaftsarbeiten, und daß wir nicht daran denken, sie etwa auch zu sozialisieren.

Von diesem Gesichtspunkt aus glaube ich, ist es notwendig, die Kundgebung, wie sie in der Vorlage Nr. 4 gefaßt worden ist, noch einmal etwas klarer zu präzisieren. Die Präzisierung, daß der Klein- und Mittelbesitz zu schonen ist, genügt durchaus nicht (Sehr richtig), sondern wir müssen uns klar darüber sein, daß das Eigentum an diesen Besitz geschützt werden kann, und wenn wir wollen, auch geschützt werden muß. (Bravo, sehr richtig!)

Genossen und Genossinnen, wenn wir das klar und unmißverständlich herausstellen, haben wir jener dunklen Agitation den Boden entzogen, die da behauptet, daß wir Sozialdemokraten darauf aus seien, jeden Schlosser- und Spenglermeister zu sozialisieren. Diesen Unsinn aus der politischen Agitation müssen wir durch eine solche Entscheidung unter allen Umständen herausnehmen.

Und dann gestatten Sie mir, mich noch etwas kurz zu beschäftigen mit der Frage, ob es einen christlichen und einen unchristlichen Sozialismus gibt. Wir wissen welchen bedeutenden Einfluß das Christentum auf die Gestaltung der deutschen Kultur gehabt hat. Wir sind auch noch bibelfest genug, um zu wissen, daß das Grundgebot des Christentums für das Zusammenleben den Menschen das Gebot der Nächstenliebe ist. Und dieses Gebot der Nächstenliebe, bis zur letzten Konsequenz durchdacht, das Gebot, daß man seinen Mitmenschen wie sich selbst achten und lieben soll, das eben ist die Grundlage dessen, was wir Sozialismus nennen.

Und deshalb glaube ich, ist es berechtigt, hier festzustellen, daß es keinen christlichen und keinen unchristlichen Sozialismus gibt. Es gibt nur einen einzigen Sozialismus. Und wer etwa glaubt, herausstellen zu müssen, daß in dieser Frage Unterschiede bestehen, der tut nichts anderes, als mit christlichen Vorwänden der Verwirklichung des Sozialismus entgegenzutreten. Demgegenüber glaube ich, sind wir berechtigt, herauszustellen, daß der Christ, der den Sozialismus ablehnt, in Wahrheit kein Christ ist. (Sehr richtig.)

Genossinnen und Genossen! Diese beiden Punkte scheinen mir wesentlich zu sein, wenn wir dahin gelangen wollen, was uns vorschwebt, wenn wir den Sozialismus in Deutschland durchführen wollen, und daß unsere Partei die Partei aller schaffenden Deutschen sein soll, die den Sozialismus auf demokratischer Basis

erreichen und als unmittelbare Gegenwartsaufgabe verwirklichen wollen. (Händeklatschen.)

Willi Fliege-Dortmund: Meine Freunde aus den Westzonen haben mich beauftragt, im Namen der Erziehung und Jugendbewegungen mit der Zielsetzung sozialistischer Erziehung zu Ihnen zu sprechen und dem Parteitag die Grüße von Zehntausenden bereits organisierter Jungen und Mädels zu überbringen. (Händeklatschen.)

Diese Jungen und Mädels haben sich bereits in jungen Jahren für die Idee des Sozialismus entschieden. Mit Schmerz erfüllt es uns, daß sich in der östlichen Zone die Erziehungsmethoden auf einer rein totalitären Grundlage bewegen. Und wenn jetzt die Liquidierung der größten Partei durch einen Verschmelzungsprozeß vollzogen wurde, so stellen wir fest, daß es in der Ost-Besatzungszone bisher nur eine Einheitsjugend gegeben hat, und daß man damit der Jugend sowohl als auch den Eltern die freie Entscheidung genommen hat und, anlehnend an die Methoden der HJ., eine Vergewaltigung der deutschen Jugend vorgenommen worden ist.

Wenn von den Vertretern in den westlichen Besatzungszonen dasselbe Manöver versucht wurde, so erklären wir, daß wir solche Methoden entschieden ablehnen, uns gegen die Infizierung der deutschen Jugend mit autoritärem Gedankengut auflehnen und uns mit aller Kraft dagegen wehren. Wir gebrauchen in Deutschland Jugendbewegungen der verschiedensten weltanschaulichen Richtungen, um der Jugend sowohl als auch den Eltern die freie Entscheidungsmöglichkeit zu lassen. Wir gebrauchen Jugendbewegungen, die willens sind, an der Entwicklung der Persönlichkeit und der Freiheit mitzuarbeiten. Wir betrachten uns als Erziehungsorganisation und sehen unsere Aufgabe nicht darin, uns aktiv in die Entscheidungen oder in die Arbeit der Parteien einzuschalten. Unsere Sympathien gehören aber der einzigen Sozialistischen Partei, die auf demokratischem Wege unser Ideal des Sozialismus verwirklichen will.

Neben anderen gewaltigen Aufgaben wird in der Zukunft der Staat auch für die Jugend Maßnahmen von entscheidender Bedeutung treffen müssen. Ein Jugendschutzgesetz wird es notwendig machen, den Schutz der Jugend gegen Ausbeutung zu sichern. Es wird notwendig sein, im Hinblick auf die riesigen sozialen Aufgaben der Zukunft eine ausreichende Fürsorge der gefährdeten, nicht nur der sittlich und moralisch, sondern auch der politisch gefährdeten Jugend durchzuführen. Hand in Hand

damit geht die staatspolitische Erziehungsarbeit in unseren Jugendbewegungen, die sich auf rein geistiger Grundlage bewegen wird. Es wird uns immer nur möglich sein, einen Teil der Jugend zu erfassen und sie staatspolitisch zu schulen. Wir sehen es als eine Notwendigkeit an, daß es Aufgabe des Staates sein muß, durch eine aktive Erziehung und laufende Erziehungsarbeit in einem staatspolitischen Arbeitsjahr dafür zu sorgen, daß dem jungen Demokraten auch das notwendige Rüstzeug mitgegeben wird, damit sie zu einem aktiven Mitbauer am demokratischen Staate wird.

Im Berufsschulwesen, in der Berufslenkung nach den besonderen Erfordernissen und Verhältnissen der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage wird es notwendig sein, eine besondere Arbeit zu schaffen. Im Hinblick auf das große Flüchtlingselend wird es auch notwendig sein, daß wir den jugendlichen Flüchtlingen, unsere besondere Aufmerksamkeit schenken. Diese Jugend, die heimatlos und entwurzelt zur Zeit heute noch auf den Landstraßen umherirrt, ist einem chauvinistischen Gedanken viel eher zugänglich als eine Jugend, die seßhaft ist, und der wir die Hoffnung auf eine bessere Zukunft geben können. (Sehr richtig!)

Die Begabtenauslese und die Begabtenförderung muß eine besondere Aufgabe im sozialen Staat sein. Es ist insbesondere die Jugend der Arbeiterschaft, die einen großen Teil der geistigen Intelligenz hervorbringt. Es darf deshalb nicht das Privileg begüterter Kreise sein, ihrer Jugend die akademische Bildung zu vermitteln. Bildung fordern wir für die Jugend aller. Es ist nun so, daß uns die Verhältnisse an den Hochschulen in der jüngsten Zeit sehr zu denken geben, und es ist unsere Verpflichtung, daß wir dafür sorgen, daß der akademische Nachwuchs auch positiv zur Arbeit am demokratischen Staat eingesetzt wird.

Als Jugendbewegung haben wir nur begrenzte Aufgaben. Es ist nicht unsere Sache, Gesetze zu beschließen, aber wir betrachten es als unsere Sache, daß wir Mahner in unserer Sache stets und ständig sein wollen. Unsere Arbeit wird unter den größten Schwierigkeiten durchgeführt. Es ist heute noch so, daß es uns an den notwendigen helfenden und leitenden Kräften an allen Ecken und Enden fehlt. Es ist so, daß wir auch mit vielen anderen Schwierigkeiten, die ich hier im einzelnen nicht erörtern kann, zu kämpfen haben. Aber trotzdem haben wir die Arbeit aufgenommen. Ich darf sagen, daß sich die Auffassungen über die Erziehungsgrundsätze der sozialistischen Jugendbewegung,

unabhängig davon, ob der eine oder andere sich besprochen haben, auf einer einheitlichen Grundlage bewegen.

In München, in Nürnberg, Stuttgart, Hannover, Braunschweig, Köln, Düsseldorf und an allen Enden unserer Besatzungszonen haben sich bereits die Jugendbewegungen verbunden und mit Bedauern sehen wir, daß wir große Schwierigkeiten in der Zulassung haben, und daß zum Teil die Besatzungsmächte sich negativ zu unserer Arbeit einstellen, im Gegensatz zu der Förderung, die die konfessionellen Verbände haben. Wir erklären, daß wir als ein ehrlicher und zwar als der positivste Teil im demokratischen Staat ein Recht auf eine Existenz in diesem Staate haben. Die altersmäßige Zusammensetzung dieses Parteitages ist kennzeichnend für die Arbeit der jungen Parteigenossen und ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie eine Partei ist, in der das junge Element zu einem entscheidenden Faktor geworden ist, das mit den älteren und erfahrenen Genossen Schulter an Schulter am Neuaufbau des Staates arbeitet. Wir sehen deshalb als Jugend voller Hoffnung und Zuversicht auf die Arbeit des Sozialismus, weil sie allein in der Lage ist, der Jugend die Hoffnung auf eine bessere ökonomische und kulturelle Ordnung zu geben. (Starker Beifall.)

Franz Bögler-Speyer: Lassen Sie mich in wenigen Sätzen zur Rheinfrage Stellung nehmen. Dabei muß ich besonders unterstreichen, daß es mir absolut fernliegt, hier ins nationalistische Horn zu blasen. Wir verstehen das Sicherheitsstreben Frankreichs und weil wir es genau kennen und verstehen, müssen wir darauf hinweisen, daß die Bedingungen, die heute am Rhein geschaffen werden sollen, um zur Sicherheit zu kommen, keinesfalls die Gewähr bieten, diese Sicherheit tatsächlich zu schaffen. Uns in der Pfalz erfüllen die Vorgänge in den Landesteilen westlich unserer Grenze mit großer Sorge.

Die Errichtung einer neuen Zollgrenze vor pfälzischen Städten schafft zu allen Schwierigkeiten, die wir bereits haben, noch neue. Sie schafft außerdem eine neue politische Gefahr. Der Verlauf einer neuen Zollgrenze würde dazu führen, daß pfälzische Grenzstädte ihres Hinterlandes beraubt und damit dem wirtschaftlichen Ruin zugeführt werden. Daraus entsteht die politische Gefahr, daß nun eine solche Grenze mit in die Neuordnung einbezogen wird. Wenn wir uns vorstellen, daß das so weitergeht, dann müßte das von einem pfälzischen Kreis auf den anderen übergreifen und am Ende die ganze Pfalz bis zum Rhein erfassen.

Es ist bedauerlich, dabei feststellen zu müssen, daß auch aus

unseren eigenen Reihen Genossen diese Politik mit vertreten, eine Politik, die geradezu verlangt, daß man vergewaltigt sein will. Der Separatismus ist bei uns am Rhein auch jetzt eine akute Gefahr. Wir haben erst in den letzten Tagen erlebt, daß man offiziell an einen unserer führenden Genossen herangetreten ist, um seine Meinung darüber festzustellen, wie er sich zu einem wirtschaftlichen Anschluß der Pfalz an Frankreich stellt. Das ist nur der erste Schritt und wir wissen das sehr genau. Ich möchte hier deutlich zum Ausdruck bringen, daß der Separatismus getragen ist allein von reaktionären Kräften in unserem Land, daß er weder national noch international bedingt ist und daß er allein Ausdruck einer korrupten Geschäftemacherei ist. (Sehr richtig!)

Wir wissen uns eins mit unseren französischen Genossen, ja sicher über den Kreis unserer französischen Genossen hinaus mit allen klarblickenden Franzosen, daß sie selbst mit diesen neugebackenen Franzosen, die es sind oder werden wollen, wenig anzufangen wissen. Die pfälzische Parteiorganisation bekennt sich zu der vom Genossen Schumacher hier gestern vertretenen Linie der Gesamtsolidarität des deutschen Volkes und seiner Auffassung über die staatspolitische Entwicklung Deutschlands. (Bravo!) Wenn in der Pfalz und am Rhein eine Rheinische Volkspartei auftritt und erklärt, nur ein freies selbständiges Rheinland biete die Gewähr für einen dauerhaften Frieden Europas, so müssen wir dazu feststellen, genau das Gegenteil ist richtig. Wir am Rhein bekennen uns zur deutschen Not und wissen, daß wir sie nur gemeinsam überwinden können. (Sehr richtig!) Wir sind in dieser Frage genau so eins mit der Gesamtpartei wie etwa in der Frage der Einheit. Wir werden diesen unseren Standpunkt auch in Zukunft nicht ändern. (Bravo!)

Berty Mayer-Schreiber-Gießen: Es ist mir eine hohe Ehre, auf diesem ersten Parteitag als erste Frau das Wort ergreifen zu dürfen. Es ist immerhin eine historische Angelegenheit, auch in der Partei, in der Gleichberechtigung und Demokratie eine Selbstverständlichkeit ist. Die Gleichberechtigung der Frau haben wir schon lange auf unsere Fahnen geschrieben. Und daß es überhaupt möglich geworden ist, daß die Frau ein politischer Faktor wurde, das verdanken wir doch nur der Sozialdemokratischen Partei, der Partei, die in ihrer Arbeiterbewegung die Frauen mit heranzog hat, und die dadurch die Frau in einen ganz anderen Bewußtseinszustand versetzt hat.

Diese Partei hat daher heute auch das Recht, die Frau auf den Plan zu rufen, denn bei den Schäden, die der Nationalsozialismus

hinterlassen hat, ist es einfach unmöglich, daß der Mann allein den Schutt aus der Seele der Menschen hinwegräumen kann. (Sehr richtig!) Wir Frauen, die wir schon vor 1933 im wahrsten Sinne des Wortes unseren Mann gestanden haben, die wir tausende von Versammlungen hinter uns haben, wir kommen heute wieder, um praktische Arbeit zu leisten, weit über unsere Grenzen hinaus, denn wir wissen, daß die Seele des deutschen Volkes zu einem großen Teil in unserer Hand liegt. Dr. Schumacher hat schon ausgeführt, daß $\frac{2}{3}$ der Menschen heute Frauen sind, die die Geschichte in Deutschland nun einmal in die Hand nehmen werden.

Es sind Genossinnen gekommen aus England, aus Frankreich, durch sie werden wir die Verbindung aufnehmen können, die wir so notwendig brauchen. Gerade von draußen, wo der Sozialismus nicht niedergeknüppelt war, können wir neue Anregungen empfangen. Aber auch das, was wir in den zwölf Jahren der tiefsten Niedergeschlagenheit hier erlebt haben, die Erkenntnisse dieser zwölfjährigen grauenhaften Zeit, müssen wir nun auswerten und ausmünzen, um ein neues Geschlecht mit neuen Gedanken in der Welt zum Ausdruck zu bringen. Dann werden wir auch viel dazu beitragen können, die Stellung in der Welt zu bekommen, die wir verlangen können, weil wir eben zwölf Jahre gestanden haben und weil wir die glühende und grenzenlose Hingabe an den Sozialismus über diese zwölf Jahre hinausgerettet haben.

Deshalb dürfen wir sozialdemokratischen Frauen aber noch mehr verlangen. Es kommen jetzt junge Menschen zu uns, und wir sehen, daß sie oft gar nicht die Voraussetzung zur Demokratie mit sich bringen. Wir müssen teilweise neue Wege einschlagen und wir erheben die Forderung der Gleichberechtigung auch in der Frage der Erziehung der Frau. Denn glaubt nicht, daß die Frauen untüchtiger wären als die Männer und daß wir nicht mit Euch raten und taten könnten. Warum aber nicht soviel Frauen da sind, liegt daran, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung und die kapitalistische Gesellschaft uns ja gar nicht dazugelassen hat. Sie hat uns gar nicht die Bildung vermittelt, daß wir so auftreten können. Es ist doch so gewesen, daß wir uns alles sehr hart erarbeiten mußten, daß meine Generation, die nun zu der älteren zählt, mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, bis wir uns einen Fundus einer gesunden und richtigen Bildung aneignen konnten. Denn man kann nicht reden, wenn man nichts weiß, man kann dann höchstens schwätzen. Das ist es aber, was wir nicht wollen.

Wir wollen herankommen an unsere Frauen, wollen an sie nicht nur mit unserer glühenden Begeisterung an das Gefühl appellieren,

nein, wir wissen, das genügt nicht. Wir brauchen die gesunde Mischung von Wissen und heiligem Gefühl der Begeisterung. Aus diesem Grunde weiß ich, daß wir sozialdemokratischen Frauen nun ein großes Werk in Angriff nehmen. Bis jetzt ist es so in der Sozialdemokratischen Partei gewesen, daß das männliche Element ganz überragend überwiegend war. An Euch, Männern, liegt es nun auch, die Frauenbewegung großzumachen, wenn Ihr auf eigene Bequemlichkeiten verzichtet und Eure Frauen und Eure Töchter mit heranbringt und sie veranlaßt, sich in unserem Kreise zu schulen. Dann wird es richtig werden und wir werden beweisen, daß wir Euer Vertrauen nicht unnötig bekommen haben, daß wir uns Eures Vertrauens würdig erweisen. Dann wird es uns Frauen gelingen, eine andere Atmosphäre zu schaffen, dann werden wir Genossinnen werden, dann werden wir erst Kameradinnen werden und unser ganzes Leben wird auf einer Grundlage aufgebaut sein. Dann werden wir auch in der Ehe wirklich die Kameradin sein, dann werden wir als Sozialistinnen die Mutter sein und die Erzieherin für alle, die das haben wollen, was wir uns erkämpfen, den Sozialismus.

Robert Görlinger-Köln: Am 17. August vorigen Jahres hat in Köln zum ersten Male wieder der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei der Oberrheinprovinz getagt. In dieser ersten Sitzung hatten wir den Genossen Schumacher beauftragt, eine Konferenz der Sozialdemokraten in den Westzonen vorzubereiten. Ich glaube, wir alle haben es mit Befriedigung empfunden, daß wir damals sofort dazu übergegangen sind, uns in diesen westlichen Zonen mit 45 Millionen Einwohnern zu sammeln.

Genosse Schumacher hat aufgefordert zur höchsten Aktivität. Wir sind mit ihm absolut einer Meinung. Gerade wir im Rheinland wissen, daß wir auf Vorposten stehen und sind uns dieser Rolle bewußt. Ich kann Ihnen hier erklären, daß wir in der Sozialdemokratischen Partei im Rheinland jeden irgendwie gearteten Separatismus, jeden irgendwie gearteten Föderalismus ablehnen bis in die letzte Gliederung unserer Partei.

Das Rheinland hat immer in der deutschen Politik auf Grund seiner eigenartigen Struktur eine große Rolle gespielt. Es spielt auch jetzt diese Rolle, vor allem auf Grund des Gewichtes seiner Wirtschaft. Es sei mir deshalb gestattet, das, was wir dort erlebt haben, kurz zu skizzieren. Das Zentrum, das bis 1933 im Rheinland eine ausschlaggebende Rolle gehabt hat, hat 1933, als die Nazis an die Macht kamen, sofort versucht, eine Bindung auch mit den Nationalsozialisten einzugehen. Die führenden Zentrumsleute ha-

ben im Kölner Rathaus im März 1933 eine Erklärung abgegeben, die wohl aus der Geschichte nicht mehr gestrichen werden kann. Sie ist ihnen heute außerordentlich peinlich. Sie haben damals erklärt: Wir begrüßen die Vernichtung des Kommunismus und die Bekämpfung des Marxismus, die in dem heutigen Umfang in der Nachkriegszeit bisher nicht möglich war, da der sozialistische Einbruch in das deutsche Volk ab 1918 der katholischen Minderheit nur zur Abwehr schlimmerer Dinge, nicht aber zur Gestaltung des Staates ausschließlich nach unserer Auffassung Raum ließ. Sie haben weiter erklärt, daß sie zu jeder Mitarbeit ausdrücklich sich bereiterklären.

Das ist geschehen, trotzdem der Nationalsozialismus damals bereits Hunderte und aber Hunderte unserer Funktionäre verhaftet und totgeschlagen und in die Gefängnisse gesteckt hat. Trotzdem haben sie nicht die Auffassung gehabt, dagegen zu protestieren, sondern sie haben den Nationalsozialismus begrüßt. Genau so haben wir erlebt, daß in Trier beim Empfang des Bischofs die SA Spalier gebildet hat und er dort ein Telegramm an Hitler mit einem Treuebekenntnis geschickt hat. Es ist damals von Zentrumsseite versucht worden, die Einigung und die Mitarbeit mit dem Nationalsozialismus unter allen Umständen zu sichern. In dieselbe Linie gehört auch der Abschluß des Konkordats mit dem Nationalsozialismus. Man soll nicht vergessen, daß auch hiermit Hitler hoffähig gemacht wurde, und daß durch diese Haltung Millionen von Katholiken beigebracht werden sollte, daß der Nationalsozialismus etwas durchaus Gesellschaftsfähiges sei.

Wir haben in der weiteren Zeit nichts von der kämpfenden Kirche gesehen, die auch ihre Geschichte hat, die wir anerkennen. Die kämpfende Kirche trat erst jetzt wieder auf und der Genosse Eichler hat mit Recht auf den Hirtenbrief verwiesen, der ein politisches Dokument ersten Ranges ist.

Trotzdem waren wir Sozialisten bereit und wir hatten uns darüber in den Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern eingehend unterhalten, mit allen demokratischen Kräften, auch denen des Katholizismus zusammenzuarbeiten zur äußeren Formung eines neuen Deutschlands. Wir haben aber in Köln die bittere Erfahrung machen müssen, daß die Besatzungstruppe zu allererst Leute aus den Reihen dieser alten Katholiken herausgriff und in die Verwaltung berief. Das Schuldbewußtsein, das diese Leute in sich trugen, hätte sie vielleicht veranlassen sollen, zurückzutreten und in die zweite Linie zu treten, oder beim Neuaufbau abzutreten.

So fanden wir im Rheinland auf allen führenden Posten fast

ausschließlich die politisch führenden Katholiken der Vergangenheit vor, und es bedurfte monatelanger, ja jahrelanger Arbeit, um den Sozialdemokraten den Eingang in die Verwaltung zu schaffen und ihre Mitarbeit zu ermöglichen. Mit diesem Einzug in die Verwaltung wuchs das Selbstbewußtsein der Katholiken wieder und es waren kirchliche Kreise des alten Zentrums mit ihrer politischen Belastung, die die CDU, gründeten. Es waren dies ursprüngliche demokratische Kräfte. Bald jedoch strömten in diese Partei andere Kräfte ein, der Nationalsozialismus fand einen Unterschlupf, denn dann waren sie alte Katholiken und nicht Nationalsozialisten.

Wir müssen mit steigender Sorge eine dauernde Strukturwandlung dieser Partei beobachten. Nach der Richtung der Reaktion, die mit den gleichen politischen Methoden wie vor 1933 nun versucht, diese Stellung in der Verwaltung auszubauen zur Konservierung ihrer Politik, die sich heute verhängnisvoll ausgewirkt hat. Vergessen wir nicht, daß die Vorlage des Haushaltsplans z. B. in der Nord-Rheinprovinz ein politisches Dokument ersten Ranges ist. Es ist kein Sozialist in dieser Abteilung, die diesen Plan bearbeitet.

Vergessen wir nicht, daß die Zusammensetzung der Hochschule nicht den Geist verbürgt, der für die kommenden Generationen großgezogen werden muß. Die jungen Menschen, die nicht wissen wo sie stehen, brauchen andere Hochschullehrer, als sich jetzt auf den Hochschulen befinden.

In der Landwirtschaft ist auch ein großer Hort des Nationalsozialismus vorhanden und wir bedauern, daß die Militärregierung verfügt hat, daß bei den Entnazifizierungsausschüssen die Landwirtschaft ausgenommen werden soll, da die Ernährung nicht gefährdet werden dürfe.

Wir sind im Gegensatz dazu gerade der Auffassung, daß die Ernährung gefährdet ist durch nationalsozialistische Elemente, die dort noch vorhanden sind. Gerade die Landwirtschaft bedarf mit stärkstem Nachdruck der Reinigung von allen Elementen, weil sie neu aufgebaut werden soll, denn wir müssen und wollen das Letztmögliche herausholen, um die Importe von Nahrungsmitteln auf das Mindestmaß herabzusetzen.

Noch ein Wort. Verkenne niemand, daß die Düngermittelherstellung von großer Bedeutung ist. Der Erlaß der Kontrollkommission, der die Stickstoffherstellung auf ein Mindestmaß beschränkt, hindert uns, unserem Boden an Stickstoff das zuzuführen, was er braucht. Er zwingt uns dazu, Hunderttausende von Tonnen Ge-

treide einzuführen, die sonst auf deutschem Boden gesät und geerntet werden könnten. Ich glaube, daß auch hier ein Punkt liegt, der stärkste Beachtung beansprucht.

Unsere Genossen sind jetzt dabei, unsere Gemeinden auf Grund des neuen Rechtes demokratisch aufzubauen. Wir bedürfen aber der Freiheit und Beweglichkeit in den politischen Organisationen, die wir haben müssen, um die Arbeit zu leisten, die uns heute gestellt ist. (Lebhafter Beifall)

Konrad Gumbel-Gießen: Das furchtbare Erbe des Nationalsozialismus und die aus ihm erwachsenden Tagesprobleme mögen schuld sein, daß unsere marxistische Einstellung nicht so zum Durchbruch gekommen ist, wie es auf dem ersten Sozialdemokratischen Parteitag nach dem Zusammenbruch der Weimarer Republik notwendig gewesen wäre. Immerhin, Dr. Schumacher hat zu Anfang seines Referats erklärt: Wir sehen keine Veranlassung, uns vom marxistischen Boden zu entfernen, und einige Diskussionsredner sind auf unsere Stellung zum Marxismus eingegangen. Aber ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß viele unserer Genossen das „Kapital“ von Marx und die sozialistische Literatur in der nationalsozialistischen Zeit so gut versteckt haben, daß sie bis heute noch nicht wieder aufgefunden ist. (Lebhafter Beifall)

Ich glaube, es ist der Genosse Altermann gewesen, der gestern erklärt hat, Marx hätte einmal gesagt: „Ich bin nicht Marxist“. Das stimmt nicht. Genosse Altermann denkt vielleicht an folgendes: Als Marx eine falsche Kommentierung seiner Lehre vorgelegt bekam, erklärte er: „Wenn das Marxismus sein soll, bin ich nicht Marxist“. Das ist etwas wesentlich anderes. Weiter hat der Genosse Altermann erklärt: Marx hätte gesagt, die Arbeiter haben keine Ideale zu verwirklichen. Ich unterstreiche dieses Wort. Dabei haben die Arbeiter Ideale. Marx war der größte Idealist, sonst hätte er sein Riesenwerk, das „Kapital“, nicht schreiben können, denn er hat dabei nicht soviel verdient, daß er seine Zigarren, die er dabei rauchte, bezahlen konnte. Aber die Arbeiter haben nicht Ideale, sondern reale Erkenntnisse zu verwirklichen: die Überführung des kapitalistischen Systems in das sozialistische. Das sind verflucht reelle Dinge.

Es stimmt auch nicht, daß Karl Marx auf den Schultern der Sozialisten gestanden hat. Marx stand auf den Schultern der englischen klassischen Nationalökonomie, die allerdings auf einem toten Punkte angelangt war und in einem restlosen Pessimismus endete. Marx hat die Nationalökonomie aus diesem toten Punkt

herausgerissen und auf den Boden der revolutionären Entwicklung gestellt.

Wenn dann weiter gesagt worden ist, daß die Lehre von Marx mit Naturnotwendigkeit zum Sozialismus führt und man nichts mehr zu tun hätte als die Hände in den Schoß zu legen, so ist das eine völlige Verkennung von Marx. Es stimmt, das die marxistische Lehre mit Naturnotwendigkeit zum Sozialismus führen muß, aber Karl Marx hat es sehr eindeutig erklärt, wie notwendig Eingriffe in diese Entwicklung sind. Er hat mit Bewunderung die Arbeit der englischen Fabrikinspektoren hervorgehoben, die Tätigkeiten der Gewerkschaften befürwortet und dargelegt, daß durch die Tätigkeit der Gewerkschaften die Löhne erhöht und der Profit geschmälert werden kann.

Marx ist es gewesen, der der Revolution eine große Bedeutung zugewiesen hat. Von ihm stammen die Worte, daß die Revolution die Lokomotiven der Weltgeschichte sind, und von ihm stammen weiter die Worte, daß der Weg zum Sieg der Arbeiterschaft mit Niederlagen gepflastert ist. Das ist etwas ganz anderes als die Hände in den Schoß legen. Aus diesen Worten zeigt sich, für wie notwendig Marx es hielt, daß die Arbeiterschaft Hand anlegen muß, um zum Siege zu kommen.

Heute morgen hat ein Genosse erklärt, daß sich die Dinge ganz anders entwickelt hätten, als Marx und Engels es vorausgesagt hatten. Was aber Marx und Engels vorausgesagt haben, haben wir in der Wirtschaftskrise der Jahre 1930 bis 1933 erlebt, und Marx ist es gewesen, der dargelegt hat, daß der Kapitalismus in seinen letzten Zügen zu allen Mitteln greifen werde, um sich zu erhalten. Und was wir in den letzten 13 Jahren erlebt haben, ist der verzweifelte Versuch des Kapitalismus, seine Position noch länger aufrechtzuerhalten. Und wenn Dr. Schulz meint, daß die Idee im Widerspruch zur materialistischen Geschichtsauffassung steht, so war das nicht marxistisch gedacht, denn Marx ist selbst nicht nur Idealist gewesen, er hat gelehrt, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt, und daß es das Sein ist, das überhaupt die Idee erst möglich macht. An der Materie entzündet sich der Geist, und die Idee, und wenn wir in den letzten 13 Jahren standhaft geblieben sind, so wissen wir, daß die materialistische Entwicklung unseres Seins weitgehend diese Zeit überstehen läßt. Und so besteht kein Widerspruch zwischen der Idee und der materialistischen Geschichtsauffassung.

Ich möchte Sie dringend bitten, halten Sie sich nicht an die Kommentare der bürgerlichen Ökonomie, halten Sie sich an Marx selbst. Denn es sind die Konsequenzen der bürgerlichen Ökono-

men, die hier zum Austrag gekommen sind, es sind die Konsequenzen, wie sie ein Gustav Landauer gezogen hat. Wir befinden uns jetzt in einer Übergangszeit, und da möchte ich jetzt unsere ausländischen Gäste bitten: Helfen Sie uns in dieser Übergangszeit.

Nehmen Sie die Überzeugung mit nach Hause, daß die Sozialdemokratische Partei nicht schuldig ist an dem, was die Welt in den letzten 13 Jahren und im Kriege erlebt hat. Wir Sozialdemokraten haben in den letzten 13 Jahren fest gestanden und haben gegen Hitler gekämpft, wenn auch nicht alle in den Konzentrationslagern gewesen sind.

Unsere ausländischen Gäste sollten unsere Stellungnahme zum Nationalsozialismus in ihren Ländern verbreiten, damit das Ausland erkennt, daß die Sozialdemokratische Partei anders behandelt werden muß, als alle anderen Parteien (Lebhafter Beifall), und ich möchte den Satz von unserem Genossen Schumacher unterstreichen, daß eine ausschlaggebende, starke Sozialdemokratie die beste Reparationsleistung ist, und wenn unsere Genossen im Auslande das erkennen und einsehen, dann habe ich für die Zukunft keine Sorge, dann werden wir auch die nächsten schweren Jahre überleben, zum Segen des deutschen Volkes, zum Segen der anderen Völker, ja, zum Segen der ganzen Menschheit.

Arno Behrisch-Hof: Im Namen der Delegierten aus Bayern möchte ich eine Erklärung abgeben:

Die bayrischen Delegierten geben folgende Erklärung ab:

1. Die bayrischen Sozialdemokraten sind vorbehaltlos für die Reichspartei. (Lebhafter Beifall)

2. Die Landesorganisation in Bayern wird nur als vorübergehend betrachtet, um den Bestimmungen der Militärregierung in Bayern Rechnung zu tragen und eine einheitliche Durchführung der angeordneten Wahlen zu ermöglichen. Sie ist nicht Ausdruck eines bayrischen Partikularismus.

3. Die bayrischen Sozialdemokraten haben auf ihrer Landeskonferenz am 13. und 14. April in Erlangen nach einem Referat von Dr. Högner einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß sie für einen Bundesstaat sind.

4. Um keine Zweifel über den einheitlichen Willen der Partei aufkommen zu lassen, schlagen die bayrischen Sozialdemokraten den Genossen Dr. Wilhelm Högner als Mitglied zum Reichsparteivorstand vor.

Ich darf mir erlauben, zu dieser Erklärung einiges mündliche hinzuzufügen.

Zu Punkt 1, daß wir vorbehaltlos für die Reichspartei sind, erkläre ich ergänzend, daß der Parteitag in Erlangen geschlossen mit

einer Erklärung vom Genossen Stuck, Aschaffenburg, endete, der ein Hochruf war auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Ich erlaube mir auch, zu bemerken, daß unsere erste Konferenz, die im September vorigen Jahres in Nürnberg stattfand, zum Ausdruck gebracht hat, daß wir deutsche Sozialdemokraten sind und Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Weshalb wir eine Landesorganisation in Bayern geschaffen haben, darüber auch noch eine kurze Erklärung: Die Militärregierung in Bayern hat bestimmt, daß bei den Wahlen nur solche Parteien zugelassen werden können, die im Landesmaßstabe organisiert sind. Wenn wir uns Sozialdemokratische Partei Deutschlands genannt hätten, hätte die Christlich-Soziale Union unsere Wahlvorschläge anfechten können. Die Landesorganisation war also ein Nothelf, eine Überbrückung, um den bestehenden Bestimmungen der Militärregierung zur Wahl gerecht zu werden. Genosse Högner hat auf seinem Referat in Erlangen klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß unser Ideal des Bundesstaat ist, und nach den Ausführungen von Dr. Schumacher möchte ich sagen, daß zwischen den Ausführungen Högners und Dr. Schumachers kein grundsätzlicher Unterschied zu finden ist. (Sehr gut!)

Wir schlagen Dr. Högner deshalb in den Reichsvorstand vor, weil wir uns davon eine Befruchtung und eine Vertiefung der Arbeit versprechen. Außerdem schlagen wir ihn vor, weil wir es für nötig halten, den Bemühungen der Verdummung und den Lügen entgegenzutreten. Es gibt keinen Artikel und keine Erklärung Högners, die nicht umgedreht worden wäre, aber die Absicht ist zu deutlich: man prügelt den Sack und meint den Esel. Die Kommunisten prügeln Högner, und sie meinen die bayrischen Sozialdemokraten und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Zugegeben, daß in dem einen oder anderen Interview Genosse Högner einen falschen Zungenschlag angewendet hat. (Aha!) Aber er will eine deutsche Sozialdemokratische Partei mit den gleichen Hoffnungen und den gleichen Erwartungen und der gleichen Sehnsucht wie wir alle. Darüber kann es keinen Zweifel geben. Deshalb schlagen wir ihn vor, weil wir eine bessere Zusammenarbeit der Reichsorganisation davon erwarten.

Nun erlauben Sie mir auch noch einige Worte zum Referat Schumacher. Ich habe den Eindruck, daß die Frage der Einheitspartei in einem Moment aufgeworfen worden ist, als wir den Prozeß der Klärung und Besinnung noch gar nicht abgeschlossen hatten. Man sagte uns, die Einheit sei nötig. Ich bin der Meinung, die Spaltung der Arbeiterbewegung war Ausdruck, aber nicht Ursache der Krankheit, an der die deutsche Arbeiterbewegung

leidet, und wenn man heute meint, mit dem Zauberwort der Einheit alle Schwierigkeiten zu überwinden, so ist das ein Irrtum.

Auf der anderen Seite, das ist mein sicheres Gefühl, können wir nicht immer nur nein sagen, denn „Du sprichst vergebens viel, um zu verneinen, der andere hört aus allem nur das Nein“. Wir können zumal bei uns in Bayern zwei Strömungen beobachten, die eine ist die Furcht vor einer revolutionären Restauration, und die zweite ist die Sehnsucht nach sozialer Sicherung, und es läßt sich nicht verhehlen, daß die kommunistische Politik in der Sowjetzone versucht, positive Lösungen zu schaffen. Ich denke an die Lösung des Agrarproblems, an die Schule, an die Entnazifizierung, die bei den Massen als fortschrittlich angesehen werden.

Die Leute bei uns glauben, daß die Amerikaner uns nur eine kapitalistische Demokratie mit sozialdemokratischer Führung erlauben. Wir müssen klar herausarbeiten, daß das, was die Russen tun, wohl äußerlich positiv sein kann in diesen Zonen, daß es aber mit reaktionären Mitteln durchgeführt wird und nur eine noch tiefere, noch strengere Knechtung bedeutet.

Was ich vom Referat Schumacher erwartet hätte und vom Parteitag, ist ein Aktionsprogramm, worin wir klar und deutlich sagen, daß wir die soziale Sicherung wollen, aber auch Wohlstand und Freiheit. Volle Freiheit, das ist die Synthese zwischen dem Reich der Notwendigkeit und dem Reich der Freiheit, Aber die Notwendigkeit kann auch menschlich sein. Zum Schluß möchte ich sagen, daß wir Sozialisten in diesem Aktionsprogramm auch aufzeigen müssen, daß wir den Anschluß an die progressiven Kräfte in der Welt wünschen. Wenn uns Haß entgegenschlägt, kommt er nur von den kommunistischen Parteien in Frankreich und in der Tschechoslowakei. Oder denken Sie an Ilja Ehrenburg.

Und wenn Sie Töne der Versöhnung, der Verständigung und der Menschlichkeit für uns hören, dann sind das die sozialistischen Parteien in der Welt. Deshalb meine ich, dieses Aktionsprogramm täte uns not, damit wir einmal zeigen, wie wir es machen würden, wenn wir die Macht hätten, und das wir darüber hinaus das ausdrücken, was in den vier Punkten Roosevelts gesagt wurde: Freiheit von Hunger, Freiheit von Furcht, Freiheit von Krieg und Freiheit von Not, so daß wir mit Wendell Wilkie sagen können: Wir wissen, die Welt ist eine Welt, und in dieser Welt haben die Deutschen auch einen gewissen Platz. Welchen Platz, das müssen wir noch klar formulieren.

Fritz Ullrich, Stuttgart: Ich übermittle diesem historischen Parteitag die brüderlichen Grüße der Sozialdemokraten aus Württem-

berg und Baden. (Bravo!) Leider geht durch unsere beiden Länder der blutende Riß der amerikanisch-französischen Demarkationslinie, durch die zwei historisch gewachsene Länder in zwei Teile zerschnitten werden. Mit Genugtuung darf ich berichten, daß es bei uns in Württemberg und Baden keine Separatisten gibt; (Bravo!) daß wir vielmehr mit Ungeduld den Tag herbeisehnen, der die politische und wirtschaftliche Einheit des Reiches bringt, und die demokratischen Sozialisten aller deutschen Stämme zu einer freien und unabhängigen Sozialdemokratie vereinigt, zu der wir uns bekennen.

Mit Bedauern und Mißfallen haben wir kürzlich vernommen, daß eine Gruppe Saarländischer Sozialisten sich für eine wirtschaftliche Angliederung der Saar an die benachbarte Macht ausgesprochen hat. Wir sind der Meinung, daß der Parteitag von dieser bedauerlichen Verirrung entschieden abrücken muß. (Sehr gut!) Um so freudiger haben wir Kenntnis genommen von dem Treuebekenntnis der Genossen in der Pfalz und aus dem Rheingebiet. In dieser schlimmsten Volksnot darf es nirgends einen Sozialdemokraten geben, der sich aus den gemeinsamen Sorgen und Nöten der Nation flüchtet und in das scheinbar bequemere Lager eines Siegers hinüberschleichen möchte. (Sehr gut!) Von seinen sozialdemokratischen Söhnen soll eine spätere Geschichtsschreibung verzeichnen: „Bedenk es, o Deutschland, daß dein ärmster Sohn auch dein getreuster war.“

In den Ländern der amerikanischen Besatzungszone ist man eifrig an der Arbeit, Verfassungen zu schaffen, die echte und wahre Demokratie atmen, und die ein Fundament für soziale Gerechtigkeit und für den Sozialismus sein sollen. Wir ringen mit gutem Willen um die Demokratie und um den Sozialismus, weil nur so Friede und Harmonie, Glück und Wohlstand aller Völker erstehen und bestehen können.

Mit Sympathie verfolgen und begrüßen wir die in gleicher Richtung liegende Politik der großen englischen Arbeiterpartei und Arbeiterregierung, deren Erfolge uns mit Bewunderung erfüllen. (Bravo!) Voll Dankbarkeit quittieren wir die wachsende Zahl von Stimmen aus den Siegerländern, insbesondere aus England und Amerika, die Verständnis für die Verhältnisse und Notwendigkeiten der deutschen Politik und Zukunft bekunden. So hat Präsident Truman vor einem Monat den ebenso lapidaren wie wahren Satz geprägt: Aus Armut und Not kann keine Demokratie erwachsen. Diese von einem staatsmännischen Weitblick zeugende Feststellung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika

gilt auch für Deutschland und die von uns aufzubauende Demokratie.

Wollte man im deutschen Osten die landwirtschaftlichen Erzeugungs- und Überschußgebiete und im Westen die Kohlen- und Erzstätten vom deutschen Wirtschaftskörper amputieren, und in der Folge 60 bis 70 Millionen Menschen in einem Rumpfdeutschland zusammenpferchen, in dem sie keine Arbeit und kein Brot finden könnten, so wäre das die Atombombe für die deutsche Demokratie und ein friedliches Europa. (Sehr richtig!)

Wir könnten dann mit Engelszungen von Demokratie und Sozialismus reden, es wäre nutzlos, wenn wir den Menschen nicht genügend Arbeit und Brot bieten könnten. Möge deshalb kein Gewalt- und Rachefrieden diktiert und praktiziert werden, der die Völker erneut zerklüftet und verhetzt, sondern eine sinnvolle Lösung, die die Völker zu friedlicher Wirtschaft und Kulturarbeit zusammenführt.

Ich will aber ein Problem anschneiden, das bisher nicht berührt worden ist, das Problem unserer Kriegsgefangenen. In großer Sorge und Inniger Anteilnahme grüßen wir von diesem Parteitag aus unsere Brüder und Söhne, die sich noch in Kriegsgefangenschaft befinden und geben dem tiefempfundenen Wunsche Ausdruck, daß sie recht bald frei werden und zu ihren Familien zurückkehren dürfen. (Bravo! Stürmischer Beifall.)

Die nazistischen Kriegsverbrecher haben sich schwer gegen Humanität und internationales Recht verstündigt durch Zwangsverschleppungen und durch die viehische Behandlung von Kriegsgefangenen. Es wäre aber höchst bedauerlich und psychologisch falsch, für die abscheulichen Sünden und Perversitäten der nazistischen Kriegsverbrecher unsere Kriegsgefangenen kollektiv büßen zu lassen. (Sehr richtig!)

In Rußland sind noch Millionen deutscher Kriegsgefangener, für die noch nicht einmal die allereinfachste Möglichkeit, ihren Familien ein Lebenszeichen zu geben, geschaffen worden ist. Ich schlage dem Parteitag vor, einmütig folgende Kundgebung zu beschließen:

„Die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrer achtzigjährigen Geschichte stets mit größter Schärfe gegen Militarismus und Krieg, für Völkerverständigung und Frieden gekämpft. Sie war die einzige Partei, die unentwegt für Demokratie und friedliche Zusammenarbeit mit allen Kulturnationen wirkte. Getreu dieser Tradition standen deshalb die demokratischen Sozialisten Deutschlands in schärfster Opposition gegen Hitlers verbrecherische Kriegspolitik und seine ebenso anmaßenden wie verderblichen Herrenvolkmethode gegen andere Völker.

Die Sozialdemokratie hat mit ihrer tausendfachen Warnung, Hitler bedeutet Krieg, Hitler bringt politische Sklaverei und soziale Knechtschaft, er führt zu kultureller Barbarei und in den Untergang, Recht behalten. Die Politik der Sozialdemokratie wurde durch die geschichtlichen Ereignisse als richtig bestätigt.

Ein Jahr ist verflossen, seitdem die politischen und militärischen Führer des Dritten Reiches bedingungslos kapitulieren mußten, nachdem sie ihren verbrecherisch angezettelten Krieg trotz der Erkenntnis, daß er längst verloren war, solange fortsetzten, bis das deutsche Volk völlig erschöpft und ausgeblutet am Boden lag und seine wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen zerstört waren. Millionen deutscher Männer und Jugendliche sind durch den Hitlerwahnsinn in die Massengräber gehetzt worden. Millionen sind heute ein Jahr nach Beendigung der Feindseligkeiten noch in Kriegsgefangenschaft.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands richtet an die Siegermächte den ebenso herzlichen wie dringenden Appell, den politisch unbelasteten deutschen Kriegsgefangenen baldigst die Freiheit und die Heimkehr zu ihren in drückender Sorge lebenden Familien zu schenken.

Solange noch Millionen deutscher Männer Kriegsgefangene sind und nicht an seinem Wiederaufbau teilnehmen dürfen, kann das große Werk des Neubaus einer dem Frieden und der internationalen Wohlfahrt dienenden deutschen Wirtschaft und Demokratie nicht gelingen. Die Sozialdemokratie ist zutiefst davon überzeugt, daß unsere Soldaten, die durch die Hölle des Hitlerkrieges und der Nazityrannie gingen, mit ihren demokratischen und sozialistischen Freunden in der Heimat für eine Politik des Friedens und der Verständigung, der Demokratie und des Sozialismus wirken und kämpfen werden. Daher unser aus heißem Herzen kommender Ruf: Gebt uns unsere Kriegsgefangenen frei! (Bravo und starkes Händeklatschen.)

Hans Hermsdorf, Chemnitz, (Gastdelegierter): Wir befinden uns auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, und ich stelle fest, daß ein großer Teil Sozialdemokraten auf diesem Parteitag nicht vertreten ist, nämlich jener Sozialdemokraten, die vor wenigen Tagen durch einen feigen Verrat in die Einheitspartei gezwungen wurden. Ich mache mich zum Dolmetsch jener aufrechten und geraden Sozialdemokraten der Ostzone und möchte hier an dieser Stelle einen Blick hinter den eisernen Vorhang werfen und etwas sagen von dem Kampf, der von unseren Genossen dort ausgefochten wird.

Gestatten Sie mir am Anfang meiner Ausführungen eine Ergänzung zu dem Referat des Genossen Agartz zu machen, der eine große grundlegende wirtschaftliche Betrachtung gab. Was uns in diesem Sektor mit ungeheurer Sorge erfüllt, nämlich die Demontage, daß spielt sich vor den Augen der Welt als ein Drama von wirklich internationaler Bedeutung ab. Ich darf Ihnen sagen, daß wir in dem Bezirk, wo ich Bürgermeister war, in Chemnitz dort so ziemlich nichts mehr an Industrie haben, obwohl wir als eine der ersten deutschen Industriestädte gelten.

Es begann die Demontage auf dem Metallsektor. Wir haben heute keine Metallfabriken mehr. Was noch da ist, das wiegt nichts, dafür hat der Russe bisher noch keine Verwendung gefunden. (Hört, hört.) Die weitere Demontage betraf die Elektroindustrie und die Feinmechanik. Sie wissen, daß Chemnitz hierfür immer ein Spezialgebiet gewesen war. Und auch davon ist uns nichts mehr übrig geblieben. Die wiederholten Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei, daß diese Demontage ein Ausmaß annimmt, das niemals wieder gutgemacht werden kann und das die Arbeiterpartei vor unlösbare Probleme stellt, wurden uns von der Administration dahingehend beantwortet, daß es der letzte Termin sei. Wir haben aber solche letzten Termine mehrere Male erlebt.

Nunmehr erleben wir, kurz bevor ich dort meine Ämter zur Verfügung stellte, daß abermals eine neue Demontage mit aller Wucht einsetzte, die Demontage der Textilindustrie. Genossinnen und Genossen, die Chemnitzer Textilindustrie, die Textilindustrie Sachsens hat mit Krieg niemals etwas zu tun gehabt, und wenn jetzt Fabriken von Weltruf, die weiter nichts fabriziert haben wie Strümpfe, wenn jetzt diese letzte Basis der deutschen Arbeiterschaft genommen wird, dann wird sich hier etwas abspielen, wo wir die Augen der Welt unbedingt einmal hinlenken müssen. (Sehr richtig.)

Genossen, damit schafft man die Bestandteile der letzten Industrie Deutschlands nach dem Osten, wenn man die Textilindustrie verschleppt. Es begann zuerst mit der Metallindustrie, dann kam die Feinmechanik und jetzt kommt die Textilindustrie an die Reihe.

Ich frage die Siegermächte, was wollen sie uns noch lassen, um zu leben! Ich muß ehrlich sagen: Der Ruf muß heißen, lassen Sie das demokratische Deutschland leben, damit der Faschismus sterbel (Bravo, bravo und Händeklatschen.) Genossinnen und Genossen, parallel zu dieser Demontage geht ein weiteres Ereignis: Die Reparationslieferungen. Hier wird die letzte Substanz der Rohstoffe geraubt, so daß wir in wenigen Wochen auf Jahre hinaus

nichts mehr haben. Wir müssen aber arbeiten können, um leben zu können. Und ich bin fest überzeugt, daß es der Welt nicht gleichgültig sein kann, im Herzen Europas eine Wüste zu haben. (Beifall.) Wenn sich hier im Herzen Europas Menschen zusammenfinden, die mit all ihren Kräften am Frieden arbeiten wollen, nur dann wird auch der Friede der Welt gesichert sein. (Sehr richtig.)

Ich bitte Sie aber, noch etwas zur Kenntnis zu nehmen. Es liegt Ihnen ein Vorschlag vor, ein Begrüßungstelegramm an die Sozialdemokraten Berlins und an die Sozialdemokraten der Ostzone. Verkennen Sie niemals, daß dort ein heroischer Kampf stattfindet, ein Kampf der einfachsten Menschen um die Demokratie. Wir sind in die Konzentrationslager, Gefängnisse und Zuchthäuser gegangen um der Demokratie willen, und heute müssen wir in die Emigration — abermals um der Demokratie willen. (Pfui-Rufe.) Genossen, es ist früher nicht geglaubt worden, wenn in den Kreisen anderer Länder etwas über den Faschismus gesagt wurde.

Ich rufe diesem Parteitag zu: Lenken Sie die Augen der Sozialdemokraten Deutschlands, lenken Sie das Auge der Welt auf diese Zone, wo sich ein Kampf aller Menschen um die Freiheit des Individuums abspielt. (Bravo und starkes Beifallklatschen.) Ich darf zum Schluß kommen, indem ich Ihnen die Versicherung gebe, lassen Sie es zu, daß in allen Zonen eine freiheitliche Entscheidung, eine freie Entscheidung der Person möglich ist, und Sie werden morgen erleben, daß in der Ostzone das Banner der Sozialdemokratie größer und gewaltiger entfaltet wird als je zuvor. (Bravo und Händeklatschen.) Ich möchte an dieser Stelle noch einen Vorschlag machen. Wenn Sie über die Politik der Zukunft sprechen, dann vergessen Sie niemals die Jugend und die Kriegsgeneration. Sie wird die Generation sein, die einst bestimmend sein wird im politischen Sektor des deutschen Lebens. Wenn Sie heute zur Konstituierung des Parteivorstandes kommen, dann denken Sie daran, daß diese Generationen einen Faktor darstellen, der berücksichtigt werden muß. Ich betone deshalb nochmals, die Kriegsgeneration ist mit dem Nationalsozialismus nicht auf eine Stufe zu stellen. Sie wurde zu den Waffen gerufen; und sie ging wider Willen, lediglich, um ihre Heimat zu verteidigen. Sie hat niemals etwas mit Hitler zu tun gehabt, und ihre Vertreter gingen nicht als begeisterte Anhänger hinaus.

Wir gingen gegen den Willen, aber wir kehren zurück. Wir haben gelernt, wir haben tiefe Wunden geschlagen bekommen, und wir müssen den Sozialisten der Welt zurufen: Gebt uns die Bahn frei! Wir sind Kriegsgeneration, Deutsche, Franzosen, Engländer, Amerikaner, und wo sie gekämpft haben mögen. Wir sind

die Garanten dafür, nie wieder einen Krieg, sondern den Frieden zu verwirklichen. (Starker Beifall.)

Rosa Helfers, Hannover: Ihr Männer, Ihr ruft uns Frauen. Wir Frauen müssen jetzt zur Seite stehen und helfen. Aber wir möchten eins betonen: Die Gemeindevahlen stehen vor der Tür. Da dürfen wir nicht vergessen, unsere Frauen in die Parlamente mit hineinzuwählen: denn in den letzten zwölf Jahren ist unendlich viel auf dem Gebiet gesündigt worden. Wenn ich schon allein die Fürsorge herausgreife, da haben wir Frauen unendlich viel wieder gutzumachen, was in den letzten zwölf Jahren verdorben ist. Gerade unsere Fürsorge für unsere Jugend ist derart im argen, daß die Nationalsozialisten dieses nie mehr verantworten können, und dem wir nur durch eifrige Mitarbeit steuern können.

Aber wie helfen wir nun den Frauen, daß sie wirklich Interesse bekunden und Pioniere des Sozialismus werden? Wir müssen bei der Wurzel des Sozialismus anfangen und Sozialist in der eigenen Familie sein. (Bravo, sehr richtig.) Sozialist in der Familie sein, heißt der beste Bauer, der beste Ackermann sein für den guten Boden. Dann holen wir in der Familie den wirklichen Sozialismus zur Wahrheit. Dann haben wir gerade die Erziehung unserer Jugend. Und gerade unserer Jugend, die jetzt das Schönste und das Beste eigentlich verloren hat durch die Irreführung des Hitler-Regimes, jetzt den wirklichen Sozialismus zu zeigen, ist die schönste Aufgabe der Frau.

Aber es gibt auch sonst in der Gemeinde und in den einzelnen Parlamenten unendlich viel Aufgaben, die eigentlich Initiative der Frau sind. Und wiederholt höre ich von unseren Männern, ja Ihr Frauen habt eine andere Einstellung. Sie ist schon rein gefühlsmäßig, so daß wir die ganze Politik von einem anderen Gesichtspunkt ansehen. Und auch so jetzt in der Flüchtlings- und Kriegsgefangenenfrage. Wiederholt stelle ich fest, daß gerade die Frauen jetzt in der Flüchtlingsfrage zwei Probleme lösen müssen, die unseren Männern wirklich gut zu Dienste kommen.

Aber wie können wir nun unsere Frauen darin schulen. Wir können unsere Frauen nur durch die Presse mitschulen. Daher ist es bedauerlich, daß wir hier in Hannover noch nicht die sozialistische Zeitung durchsetzen konnten, wie in vielen Bezirken. Es wäre eine der schönsten Aufgaben der Alliierten, wenn sie uns hier zeigen würden, den Sozialismus dadurch mit zur Verwirklichung zu bringen, daß wir die Presse in jedes Haus bringen können und den Frauen bei der Gelegenheit die Möglichkeit geben, das, was in den zwölf Jahren falsch gezeigt worden ist, jetzt wirk-

lich vor Augen zu führen. Wenn erklärt wird, die Papierknappheit spiele eine große Rolle mit, — wir in der britischen Zone sind nicht reich an Papierfabriken —, so sage ich, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Da der Sozialismus der beste Garant des Friedens ist, sollen wir hier eingreifen und die Presse ausbauen, um unsere Frauen wieder zu schulen und unseren Frauen den rechten Weg zu weisen, daß sie der Jugend den wirklichen Weg in der Erziehung beibringen können.

Aber auch eine weitere Rolle möchte ich hier als Frau herausstellen. Dieser Ruf gilt unseren Kriegsgefangenen. Auch hier bringe ich wieder die Stimme der Frau zur Geltung und sage: Ihr, die ihr gekommen seid und uns befreit habt vom Joch der Gestapo und von dem Joch des Nationalsozialismus, das wir Frauen in vielen Fällen ebenso hart haben durchringen müssen in den Konzentrationslagern, in den Gefängnissen und Zuchthäusern wie unsere Männer, weil wir ja die Pioniere des Sozialismus waren, wir rufen Euch aus dem Grunde zu: Helft unseren Männern, die jetzt noch in den Kriegsgefangenenlagern bleiben müssen, die besten Helfer, dem Sozialismus zur Wirklichkeit zu verhelfen.

Alles zusammenfassend, möchte ich sagen: Setzt die Frauen mit ein in allen Arbeiten, die jetzt kommen. Gebt den Frauen die Presse, gebt den Frauen die Zeitschriften und gebt uns unsere Männer, unsere Söhne zurück! Dann werden wir den Frieden weiterausbauen können mit dem Sozialismus, dem Sozialismus, den uns August Bebel so recht gegeben hat. (Starker Beifall.)

Ludwig Metzger, Darmstadt: Es ist nicht verwunderlich, daß die Frage nach den geistigen Grundlagen unserer Partei allenthalben aufgetaucht ist. Überall werden die Fragen diskutiert, und auch hier auf dem Parteitag sind ja wiederholt diese Fragen angeklungen. Es gibt zwar in Deutschland Menschen und Parteien, die glauben, aus diesen Fragen folgern zu dürfen, daß es bei uns nicht ganz klar sei, daß bei uns die Gefahr des Auseinanderbrechens vorhanden sei. Neulich hat z. B. ein Führer der Christlichen Demokraten von Baden, Staatsrat a. D. Heurich, in einem Artikel ähnliche Anschauungen vertreten. Und wir hören das auch sonst von den Christlichen Demokraten als auch von den Kommunisten.

Ich glaube, da liegt ein ganz gewaltiger Irrtum vor. Diese Fragen sind da und die Fragen müssen geklärt werden. Und wir müssen nach dem gewaltigen Erleben der letzten zwölf Jahre auch unsere geistigen Grundlagen neu überprüfen. Das heißt aber nicht, daß wir innerlich auseinanderfallen, sondern ich glaube im Gegenteil,

daß hier ein Teil der Kraft unserer Partei liegt. (Sehr richtig.) Denn wir wissen um unsere Vergangenheit und wissen, daß wir diese Vergangenheit nicht demokratisch bewahren dürfen, sondern es geht darum, daß wir unserer heutigen Zeit gerecht werden, und daß wir Erkenntnisse, die im Laufe der Zeit verblaßt sind, wieder neu schaffen. Das gilt auch für die Frage des Marxismus.

Ich bin der Meinung, und Genosse Schumacher hat es uns auch schon gesagt, daß wir uns die marxistischen Grundwahrheiten bewahren wollen. Es geht darum, daß wir — ich möchte einmal sagen — die überzeitlichen Ergebnisse von Karl Marx bewahren, daß wir aber auch abstreichen, was zeitbedingt war. Es kommt darauf an, daß wir die Entwicklung, die unser Volk in der Wissenschaft durchgemacht hat, nicht übersehen. Eine grundlegende Erkenntnis von Karl Marx ist die gewesen, daß die Verhältnisse den Menschen auf das stärkste gestalten. Das ist ein klarer Gegensatz gegen die starke spiritualistische Auffassung, die in Deutschland immer gern gang und gäbe war, und die gerade unser Bürgertum aufrief, das immer diesem spiritualistischen Leben zugetan war. Es hat gemeint, der Geist lebe für sich allein, er habe mit dem materiellen nichts zu tun.

Daher kam es auch, daß weite Kreise unseres Bürgertums unpolitisch waren, weil sie gar nicht sahen, wie außerordentlich wichtig auch die Verhältnisse, wie außerordentlich wichtig die äußeren Dinge sind. Auch im Christentum war vielfach diese Auffassung vorhanden. Und das ist die große Erkenntnis, die unverlierbar ist, daß die äußeren Verhältnisse und die ökonomischen Verhältnisse eine ungeheure Bedeutung auch für die geistige Entwicklung des Menschen haben. Man hat das bezeichnet als materialistische Geschichtsauffassung. Besser würden wir vielleicht sagen: ökonomische Geschichtsauffassung, weil mit dem Wort Materialismus immer wieder Mißverständnisse verknüpft sind. Es muß wirklich klar herausgearbeitet werden, daß ökonomische Geschichtsauffassung und weltanschaulicher Materialismus nicht identisch sind.

Wir bekommen ja heute immer wieder Vorwürfe von der Christlich-Demokratischen Union, daß wir in der Partei im Gegensatz zum Christentum und im Gegensatz zur Kirche stünden, und zwar mit Rücksicht auf die materialistische Geschichtsauffassung. Wir müssen herausarbeiten, daß das nicht der Fall ist, und daß Christentum und ökonomische Geschichtsauffassung, die Erkenntnis, daß die materiellen und ökonomischen Verhältnisse von ausschlaggebender Bedeutung sind, durchaus nicht im Widerspruch zueinander stehen. Wir müssen dazu kommen, daß wir auf der

einen Seite unser geschichtliches Erbe wahren, daß wir aber so lebendig in unserer heutigen Zeit stehen, daß wir auch die neuen Dinge erfassen.

Der Zentralausschuß in Berlin hat zu diesen Dingen in einer sehr mutigen Weise programmatisch in einem Flugblatt „Politik und Religion“ Stellung genommen. Da ist gesagt, die sozialdemokratische Partei ist stets eine Förderin der Wissenschaft gewesen. Daher hält sie auch Schritt mit ihrer Entwicklung. Sie weiß also, daß die Naturwissenschaft jetzt andere Auffassungen hat als zu der Zeit, in der Haeckel seine „Welträtsel“ schrieb. Die Partei ist sich klar, daß die Frage nach der Existenz Gottes und nach dem Fortleben nach dem Tode mit den Mitteln der Wissenschaft überhaupt nicht — weder bejahend, noch verneinend — beantwortet werden kann. Das ist die wesentliche Erkenntnis. Verlassen wir uns auf die wissenschaftliche Erkenntnis des vorigen Jahrhunderts, daß sich Sozialismus und Wissenschaft auf der einen und Religion auf der anderen Seite nicht ausschließen. Kein ernster Wissenschaftler wird heute noch eine derartige Behauptung aufstellen.

Diese Erkenntnis ist auch bei uns anders geworden. Wenn heute Menschen kommen, die so tun, als wenn bei uns da die Dinge auseinanderbrechen würden, als wenn wir nur aus taktischen Gründen etwa zur Frage des Christentums Stellung nehmen, etwa in bejahendem Sinne, dann haben die die Zeit verschlafen, haben nicht erkannt, was inzwischen an Entwicklungen vor sich gegangen ist.

Es gibt sehr viele Menschen, die erklären uns immer wieder wir gingen gerne zur SPD., aber die SPD. ist religions- und christentumsfeindlich. Es gilt deswegen Formulierungen, die mißverständlich sind, zu überprüfen, das gilt auch für unsere Vorlage Nr. 4. Auch hier ist zur Frage der Kirche Stellung genommen. Es heißt hier: Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle, Trennung von Kirche und Staat. Ich glaube, daß jeder ernsthafte Christ durchaus dazu ja sagen muß. Die Erkenntnis ist im Wachsen, daß eine Trennung zwischen Kirche und Staat stattfinden muß. Aber ich meine, wir müssen auch hier Mißverständnissen vorbeugen und etwas Positives sagen. Wir müssen etwa folgendes erklären: Man solle der Kirche die Möglichkeit geben, in Freiheit die ihr zukommenden Aufgaben zu erfüllen. Denn wir sind der Meinung, die Kirche hat durchaus ihre Existenzberechtigung. Das müssen wir zum Ausdruck bringen, und wir werden damit vielen die Möglichkeit geben, überhaupt den Weg zu uns zu finden.

Auch das Wort dogmatisch ist vieldeutig und mißverständlich. Wir müssen zum Ausdruck bringen, daß es darum geht, auf der

einen Seite um die Freiheit zu kämpfen, daß aber gerade auch der Christ die Möglichkeit hat, in unserer Partei zu stehen. Gerade die evangelische Kirche hat wiederholt in ihren Verlautbarungen erklärt, daß sie sich nicht an eine bestimmte Partei bindet. Sie hat das besonders im Hinblick auf die CDU. erklärt. Sie hat damit zum Ausdruck gebracht, daß sie der Meinung ist, daß Christen durchaus die Möglichkeit haben, innerhalb der Sozialdemokratischen Partei zu stehen. Auch das sollten wir in unseren Wahlreden und Versammlungen zum Ausdruck bringen und immer wieder klar herausstellen, daß die deutsche evangelische Kirche selbst diesen Standpunkt, der unser Standpunkt ist, vertritt. Ich bin der Meinung, wir müssen unser Erbe bewahren, müssen aber so lebendig sein, daß wir in der Lage sind, es nicht dogmatisch zu bewahren. Wir müssen lebendig in unserer heutigen Zeit stehen und damit die Möglichkeit haben, Menschen zu uns zu führen, die bisher aus verschiedenen Vorurteilen noch nicht die Kraft gehabt haben, zu uns zu kommen.

Grete Wöhrmann, Hamburg: Sechs Jahre Krieg haben uns vor ein ganz neues Frauenproblem gestellt. Die Tatsachen müssen wir ins Auge fassen, die auch der Genosse Schumacher beleuchtet hat, und zwar die, daß zwei Drittel der Wähler Frauen sind. Das Familienproblem ist ein ganz anderes geworden und was das heute unter diesen Schwierigkeiten bedeutet, das können wir Frauen wohl am allerbesten beurteilen. Das Wohnungselend, die Nahrungssorgen, das sind alles Dinge, die wir täglich am eigenen Leibe sehr stark spüren. Wir sollten das, was unsere sozialistischer Ärzte in Hamburg gesagt haben, uns überlegen und sollten daraus unsere Schlüsse ziehen. Sie haben uns erklärt, daß bei dieser Ernährung in kurzer Zeit 50 % der Erwerbstätigen erwerbsunfähig sein werden. Die Tuberkulose grassiert. Der Hunger besteht in einem Ausmaß, von dem wir uns kaum eine Vorstellung machen können. Besonders wir Frauen sind es ja, die wir uns mit den Ernährungsorgen am meisten herumschlagen müssen. Die ungeheueren Schäden, die sich jetzt schon auftun, stellen uns vor eine große Aufgabe. Wir wissen, daß durch die Ernährung die natürliche körperliche Entwicklung unserer jungen Mädels außerordentlich gehemmt ist. Für uns taucht damit die Frage auf, was soll aus dem kommenden Geschlecht werden.

Positive Hilfe ist alles, und dankbar haben wir aus dem Auslande vernommen, daß man uns helfen will. Sehr dankbar und mit viel Freude haben wir das Hilfswerk der Schweden begrüßt, die eine Schwedenspeisung für unsere Kinder durchführen. Dann hat

uns auch das Schweizer-Arbeiterhilfswerk ungeheuer viel Freude und Erleichterung gebracht. Wir waren dadurch in der Lage, vielen unserer Genossen zu helfen, die tatsächlich durch die sechs Jahre Krieg in bezug auf Kleidung vor ein Nichts gestellt waren. Durch diese Selbsthilfe der Arbeiterschaft sind die internationalen Bindungen in einem großen Maße wieder hergestellt worden.

Wir stehen heute vor der Tatsache, daß viele Millionen Frauen die alleinigen Ernährer und Erzieher der Familie sind, wir stehen vor der Tatsache, daß Millionen Frauen gezwungen sind, allein durchs Leben zu gehen, wir wissen, daß das eine ungeheure Berufsumschichtung der Frauen zur Folge hat. Wenn ich mir diesen Parteitag ansehe, dann möchte ich fast zu der Auffassung kommen, daß die Sozialdemokratische Partei eine Männerpartei ist, denn nur ungefähr 10 % der Delegierten sind Frauen. Immer, wenn Frauen in Funktionen hineingesetzt werden, „dann kommt der Ruf nach dem großen geistigen Format. Ich möchte an dieser Stelle sagen, man soll auch eine Portion gesunden Menschenverstand nicht zu niedrig einkalkulieren. Und den Männern, den Genossen, möchte ich sagen, ich glaube, es ist ein Akt politischer Klugheit, wenn Ihr die Frauen mehr als es bisher der Fall war, in das politische Blickfeld bringt. (Sehr richtig.) Dadurch wird auch die Wertung der unendlich vielfleißigen Kleinarbeit unserer Frauen in der Partei in die richtige Linie gebracht, denn diese Kleinarbeit unserer Frauen ist es wert, daß sie politisch nicht unterschätzt wird.

Die ehrenamtliche Arbeit unserer Frauen, die Arbeit in den Kommunalverwaltungen und in den Wirtschaftsämtern und in den Hilfswerken zeigen, daß unsere Frauen durchaus in der Lage sind, und es auch tun, das öffentliche Leben entscheidend zu beeinflussen. Dadurch müssen wir auch der Öffentlichkeit unser Gepräge geben. Das ist heute die politische Arbeit der Frau. Wir Frauen wollen an der Lösung der Gegenwart- und Zukunftsaufgaben teilhaben. Wir Frauen sind in ganz hohem Maße berufen, an der Völkerverständigung mitzuarbeiten, denn wir Frauen in allen Ländern der Welt sind es, die Unerhörtes geleistet haben im Ertragen, Leiden, Dulden und Warten. Alles dieses wäre umsonst gewesen, wenn nicht in allen Ländern der Welt daraus ein ganz klares Bekenntnis zur Demokratie erwachsen würde.

Auch ein Wort für die Frauen, die unseren Männern, die in den zwölf Jahren in illegaler Arbeit gestanden haben, geholfen haben. Wieviel Treue, wieviel Tapferkeit und wieviel Liebe hat dazu gehört, und ich glaube, mancher unserer Genossen hätte diese Arbeit im illegalen Kampf gar nicht führen können, wenn er nicht

die tapferere Unterstützung der Frauen gehabt hätte. (Sehr richtig.)

Ein Wort noch zur Kirche. Wir müssen unseren Frauen oft und viel sagen, daß die Religion mit der Einrichtung Kirche gar nichts zu tun hat. Ich glaube, es ist heute sehr notwendig, daß wir betonen, daß die Kirche es immer verstanden hat, die Machtmittel der Politik unseres Staates an sich zu reißen. Ich glaube, es ist eine große Aufgabe der Frauen, das Monopol der Kirche in bezug auf Nächstenliebe zu brechen. Da muß es die Selbsthilfe der Arbeiterschaft, die internationale Selbsthilfe der Arbeiterschaft sein, die dieses vollbringt. Es ist auch ein Zeichen unserer Zeit, daß eine Gründung einer Frauenpartei vor sich gegangen ist. Wir sollten das nach meiner Ansicht nicht leicht nehmen. Denn der Boden könnte dafür da sein, schon im Hinblick auf die große Zahl der Frauenwähler.

Wir sozialistischen Frauen erneuern unser Bekenntnis, daß wir Schulter an Schulter mit den Männern kämpfen wollen, verbunden durch gleiche Nöte, gleiche Forderungen, gleiche Ziele. Wir erwarten, daß auch in der Kundgebung, die dieser Parteitag herausgehen lassen wird, die Stellung der Frau prägnant zum Ausdruck kommt. Wir erwarten von den Männern, daß der Weg freigemacht wird für die tüchtigen Frauen bis in die höchsten Verwaltungsstellen. Wir wollen Begeisterung immer wieder schöpfen aus unserer Arbeit, aus unseren hohen Zielen. Denn die schwere Arbeit, die wir jetzt vor uns haben, die braucht Begeisterung. Wir wollen unseren Frauen überall sagen, ihr habt zwölf Jahre Zeit haben müssen, ihr habt Zeit haben müssen, wenn die Alarmsirenen gingen, habt Zeit haben müssen Tag und Nacht, zu jeder Stunde, in die Keller und Bunker zu gehen, ihr habt Zeit haben müssen, wenn man euch in die Luftschutzkurse rief: Jetzt wollen wir Zeit haben für unsere Belange, jetzt wollen wir arbeiten, jetzt greifen wir an: Sozialismus ist unser Signal! (Bravol)

Peter Haß, Hamburg: „Gebt mir zehn Jahre Zeit und ihr kennt Deutschland nicht wieder!“ So sprach einst Adolf. Und ich muß bekennen, wenn wir nach zehn und zwölf Jahren Emigration nach Deutschland zurückgekehrt sind, dann stellen wir fest, es ist ihm gelungen. Man kennt Deutschland nicht wieder. Deutschland hat nicht nur Ruinen in seinen Städten, sondern auch Ruinen in seiner Bevölkerung. Doch das eine ist für uns, die wir zehn oder zwölf Jahre in der Emigration verbringen mußten, nach einigen Jahren des illegalen Kampfes unter Hitlerherrschaft, eine Genugtuung und Freude, zu sehen, daß überall in Deutschland Tausende und Hun-

dertausende und Millionen unserer früheren Genossen und Kämpfer wieder dabei sind. Es ist dem Nazismus gelungen, einzubrechen und es sind einige Opfer zu beklagen, es sind auch Genossen abtrünnig geworden, das ist richtig, im großen und ganzen stellen wir fest, daß die Reihen fest und geschlossen sind, nach wie vor.

Genossinnen und Genossen! Die Emigration war für uns alle keine leichte Zeit, wenn auch, ökonomisch gesehen, die Verhältnisse für uns günstiger waren als für euch. Wir in Schweden und unsere Genossen in Dänemark haben die Gastfreundschaft dieser skandinavischen Völker gespürt und blicken dankbar auf zu ihnen. Ich möchte nicht vergessen, insbesondere die Grüße unserer Genossinnen und Genossen aus Dänemark und Schweden hier zu übermitteln. Wir sind mit zwei Genossen aus Hamburg und mit einigen anderen aus dem Reich vor zwei Monaten zurückgekehrt. Es ist uns gelungen, durchzukommen. Wir haben aber heute noch Hunderte unserer Freunde in der Emigration, die mit dabei sein wollen, dieses demokratische Deutschland aufzubauen. Sie haben leider noch nicht die Möglichkeit bekommen, aus der Emigration zurückzukehren. Ich sage leider, denn auf der anderen Seite ist es Hunderten von kommunistischen Emigranten gelungen, durchzukommen, legal und illegal. Die Komintern hat dabei ein Wort mitgeredet. Man hat illegal über Bornholm und Danzig Hunderte von kommunistischen Emigranten hereingeholt. Leider ist dieses in dem Umfang nicht bei den sozialdemokratischen Emigranten erfolgt. Ich möchte darum die Vertreter der Militärregierung bitten, ihr ganz besonderes Augenmerk auf diese Tatsache zu richten.

Genossinnen und Genossen! Schon frühzeitig haben wir in Schweden auch ein Hilfswerk organisiert. Das ist auch von unseren Genossen in England, in Frankreich und überall geschehen. Es muß eine unserer Hauptaufgabe sein, diese internationalen Verbindungen aufrechtzuerhalten und auszunutzen. Unsere Freunde in Dänemark und Schweden müssen uns helfen. Sie müssen uns Lebensmittel, Vitamine, Kleidung und andere Dinge verschaffen und beschaffen. Ihr alle wißt, daß unsere aktiven Freunde, die in vorderster Linie stehen, tagaus und tagein, die Nächte hindurch für die Bewegung tätig sind, aus Kalorienmangel nicht in der Lage sind, diese Aufgabe zu erfüllen. Da muß eine ganz großzügige Hilfe einsetzen.

Unsere Internationale muß aufgefordert werden und sie ist auch bereit, unseren Genossen Hilfe zu leisten. Es muß erreicht werden, Patenschaften zu organisieren, Lebensmittelsendungen aus dem Ausland an unsere Funktionäre zu ermöglichen, die Kinder un-

serer Genossen ins Ausland, nach der Schweiz, Dänemark und Schweden zu bringen, um ihnen eine Erholung zu gewähren. Aus diesem Gebiet muß unsere Arbeiterwohlfahrt tätig sein. Die Arbeiterwohlfahrt ist die große soziale Organisation des werktätigen Volkes. Überall in Deutschland müssen die Kräfte mobilisiert werden auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt. Das ist eine unserer Hauptaufgaben.

Wenn je ein Wort eine Bedeutung gehabt hat, erst kommt das Fressen, dann die Moral, dann in der heutigen Zeit. Wir wissen, daß unsere Freunde, die im Ruhrgebiet und in den Großstädten sind, ungeheuer leiden unter dem materiellen Mangel. Soviel ist sicher, daß dort, wo demokratische Kräfte regieren, ein offenes Herz für diese Dinge vorhanden ist. Schweden hat 130 Jahre keinen Krieg gehabt, in Schweden können radikale oder extreme Ideen nicht zum Durchbruch kommen. In Schweden regiert eine rein sozialdemokratische Regierung, und wer den Genossen Stau-ning kennt, weiß, daß auch in Dänemark tüchtig sozialdemokratisch regiert wurde. Ich sage, wir Deutschen können aufblicken zu ihnen und können dem deutschen Volk und der deutschen Arbeiterklasse immer wieder ihre Taten vor Augen führen.

Genossinnen und Genossen! Wer nach zwölf Jahren Emigration zurückgekehrt ist und geglaubt hat, daß, nachdem der Nazismus am Boden liegt, hier auch wirklich demokratisch regiert werde, der ist außerordentlich enttäuscht. Wir stellen fest, daß der Nazismus noch lebt. Die Nazis müssen endlich heraus aus der Verwaltung, heraus aus den Betrieben, heraus aus den Wohnungen. Sie sollen in die Keller, sie sollen den Schutt wegräumen, sie sollen die Verantwortung an ihrem eigenen Leibe tragen für das, was sie über das deutsche Volk und über die Welt gebracht haben. Die furchtbaren Greuel in den Konzentrationslagern, in Auschwitz, Belsen, Buchenwald, sie werden nicht vergessen. Die Nazis sollen am eigenen Leibe spüren, was sie diesen unschuldigen Millionen zugefügt haben. Das fordert die Sozialdemokratie und ich glaube, in diesem Streben und in diesem Kampf begegnen sich auch die Interessen unserer Freunde aus der Internationale.

Ich sage, wenn wir einig und entschlossen zusammenstehen, wird es gelingen, aber wir müssen die Möglichkeit bekommen, die Entnazifizierung durchzuführen. Wir müssen die Möglichkeit bekommen, durch die Beseitigung der Zonengrenzen die Ernährungsfrage einer Lösung entgegenzubringen und wir müssen die Möglichkeit bekommen, die Verwaltung zu säubern. Nur dann hat es einen Sinn, daß wir überhaupt politische Arbeit leisten.

Hans Böckler, Köln: Weil leise Besorgnisse anlagen in dem Referat des Genossen Schumacher in bezug auf die künftige Haltung und Entwicklung der Gewerkschaften, deswegen hier ein ganz besonders Wort. Wir wissen, es sind Besorgnisse des Wohlmeinenden, die er empfindet, angesichts des Neuen, des Werden- den, die uns anschleichen, wenn wir aus den ersten Anfängen nicht mit Sicherheit zu erkennen vermögen, die künftige Form, den künftigen Inhalt des Werden- den. Nun sind unsere Gewerkschaften wirklich etwas Neues, etwas Neues als organisatorische Gebilde, denn davon hat die zerstörende Wut des Faschismus ja nichts übriggelassen.

Es ist von unseren deutschen Gewerkschaften ja tatsächlich nur geblieben der alte Geist, der sie alle Zeit beseelte, und es ist geblieben der ungebrochene Wille, die Organe zu schaffen, die für die Gesamtheit der Schaffenden im Lande absolut notwendig sind in den Kämpfen der kommenden Zeit. Auch strukturell ist manches in den neuen Gewerkschaften verändert gegen früher. Vielleicht ist auch die Arbeitsplanung etwas abweichend von dem, was ehemals war. Allein schon die Tatsache der Zusammenfassung so vieler sonst widerstrebender und gegeneinander stehender Kräfte, allein diese Tatsache bildet möglicherweise einen gewissen Gefahrenpunkt.

Wenn wir als Gewerkschaftler diesen Gefahrenpunkt etwas milder betrachten als mancher, der den Dingen weniger nahesteht, so deshalb, weil wir sagen, schließlich haben doch nicht nur wir alten Gewerkschaftler und Sozialdemokraten aus den vergangenen Jahren einiges gelernt. Wir dürfen die Hoffnung nähren, daß wer ehemals als Arbeitnehmer in einem anderen Lager sich bewegte, doch auch einiges aus den Erkenntnissen der vergangenen Jahre profitiert hat.

Unsere Gewerkschaften wünschen in ihren Bemühungen die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder alle Zeit und immer mit Nachdruck zu wahren. Sie werden freilich neben den alten wohlbewährten Bahnen künftig auch, wenn es die Notwendigkeit gebietet, neue Wege begehen, insbesondere soweit die Ordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der vielen Millionen Schaffenden im Lande in Frage kommt. Durch möglichst starke und direkte Einflußnahme auf die Wirtschaft selber muß es nach unserem Dafürhalten möglich sein, zu regeln, was bislang allermeist in einem kräfteverzehrenden Verfahren doch gewöhnlich nur unzureichender Regelung unterlag.

Wie war es denn? Wir formulierten Forderungen. Sie wurden geprüft. Es wurden Verhandlungen angebahnt, es gelang eine Ver-

ständigung oder sie gelang auch nicht. Im letzteren Fall gewalt-samer Austrag der Meinungsverschiedenheiten. Es mag sich dieser Vorgang auch in der Zukunft wiederholen, daß er zur täglichen Praxis und zur täglichen Regel werde, das wünscht der Gewerk-schaftler sich heute nicht.

Planwirtschaft im demokratischen Staat, ausmündend im Sozi-alismus, das ist das Ziel künftiger Gewerkschaftsarbeit. Ein an-deres kann nach unserem Dafürhalten nicht sein, und wenn ich sage: „nach unserem Dafürhalten“, so meine ich damit die Ge-samtheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer. Ge-samtheit bedeutet Einschluß auch derer, die ehemals in einem anderen als dem freigewerkschaftlichen Lager gestanden haben, also Einschluß der christlichen, der Hirsch-Dunkerschen und sonst gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeitnehmer.

Ich darf deshalb sagen, unsere Pläne und Absichten decken sich vollkommen mit dem, was Genosse Dr. Agartz gestern hier zum Ausdruck gab und ich darf mit derselben Bestimmtheit hier sagen, daß auch die den Gewerkschaften allezeit nahestehenden Ge-nossenschaften in unserem Lande sich völlig mit dem identifi-zieren, was Dr. Agartz gestern hier vorgetragen hat.

Eine solche Einstellung führt die Gewerkschaften an die Seite derjenigen politischen Parteien, die ernsthaft und aufrichtig ge-willt sind, in die Zukunft zu bauen, führt sie in allernächste Nähe derjenigen Parteien, die echte Demokratie in unserem gesamten Volkswesen erstreben und gleichzeitig diese echte Demokratie nicht nur erstreben, sondern sie zu erkämpfen willens sind. (Leb-hafter Beifall.)

Maria Hannemann, Berlin: In unserem schweren Kampfe gegen die Diktatur in Berlin, der nicht ein Kampf gegen die Prinzipien allein, sondern gegen viele diktatorische Maßnahmen der Praxis des täglichen Lebens war, war unsere sichere Stütze und unsere feste Hilfe die Frau. Wir haben die erfreuliche Tatsache zu ver-zeichnen, daß gerade unsere sozialistischen Frauen, ich möchte fast sagen zu 100 Prozent bei uns geblieben sind. Ich darf Euch vielleicht einige Namen nennen, die den meisten bekannt sind, von denen die an führender Stelle in der SPD. arbeiten. Ich nenne die Genossin Luise Schröder, die erfreulicherweise noch mitge-kommen ist, dann die Genossin Wolf, die ein großer Teil von Euch kennt und Frau Wegscheider, die sehr vielen bekannt sein wird.

Wie haben es in Berlin kennengelernt, wie die Phrase gerade den Frauen am meisten Kummer gemacht hat. Sie haben das feinste Gefühl dafür, was ihnen wirklich geboten wird und was

ihnen nur als Phrase versprochen wird. Als Beispiel möchte ich das Wort von dem gleichen Recht der Frau anführen. Dieses gleiche Recht sieht bei uns teilweise so aus, daß die alten Frauen auf den Trümmerstätten und Straßen arbeiten müssen, Steine klopfen müssen und dafür etwas Geld kriegen, und daß die jungen Männer, vor allen Dingen aus der KPD., in den Verwaltungen sitzen, obwohl sie sowohl ihrem Beruf, wie ihrer Eignung nach eher auf diese Trümmerstätten gehören, als unsere Frauen, die in den mittleren Jahren arbeitslos zu Hause herumsitzen müssen und sich mit dieser schändlichen Einrichtung Berlins und der Ostzone abzufinden haben, nämlich, wenn sie keine Arbeit finden oder arbeitsunfähig sind, die Karte 5 zu bekommen, das ist die Lebensmittellkarte, die weit unter Eurem schlechtesten Niveau liegt, und die nach dem Grundsatz, wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, nach dem Prinzip des Ostens denen gegeben wird, die nicht arbeiten können oder keine Arbeit bekommen.

Das empörende vor allen Dingen ist, daß diese Karte auch den Hausfrauen gegeben wird, weil die Hausfrauenarbeit bei uns als Nichtarbeit angesehen wird. Das sind Dinge, die den Frauen täglich vor Augen stehen und die man nicht wegzaubern kann. Und nicht nur aus diesen, aber vor allen Dingen aus diesen Gründen haben wir als SPD. eine Basis bei den Frauen. Wir können mit ihnen reden, und sie wissen, daß wir ihnen nichts versprechen, was wir nicht halten können.

Die Frauen haben leider auch erlebt, daß die kostbarste Sache, die es gegenwärtig gibt, auch für die Propagandaaktion ausgenutzt worden ist. Man hat von seiten der KPD. den Frauen versprochen, daß jedes ihrer Kinder zu Weihnachten ein Kleidungsstück bekommen soll, hat diese Sache aber sehr spät und mit unzureichenden Mitteln aufgezogen, jedoch sehr viele Propaganda gemacht. Man hat unsere Genossinnen in diese Arbeit eingespannt. Sie haben Tüchtiges geleistet. Herausgekommen ist eine große Pleite, wie sie die Genossen vorausgesagt haben. Es waren lächerliche Spielzeuge da und ein paar Kekse, aber nicht zu beschaffen waren die versprochenen Kleidungsstücke und die versprochenen Schuhe für die Kinder, die genau wie bei Euch, zu Hause bleiben müssen, wenn feuchtes Wetter ist.

Wir haben mit so viel Begeisterung mitgearbeitet. Wie häufig haben die Frauen aufgerufen: Kämpft mit, Ihr könnt bei uns mitarbeiten, für die wirkliche Demokratie arbeiten. Und sie haben sich begeistert eingeschaltet. Aber von Monat zu Monat sind wir bedrückter geworden, als wir sahen, daß eine unfähige Verwaltung dieses kostbare Gut des Vertrauens, das ein großer Teil der

Bevölkerung ihnen entgegengebracht hat, mißbraucht wurde. Wir haben gesehen, daß viele Dinge, die möglich wären, wegen dieser unfähigen Verwaltung unterblieben.

Wir haben es schwer gehabt, im Herbst und im Winter zu sprechen und ich muß sagen, wir sind froh, daß wir den Kampf jetzt so weit durchgestanden haben und die saubere Scheidung erfolgt ist. Zwischen denen, die wirklich aufbauen und denen, die nur Phrasen wollen.

Die Begeisterung, die jetzt die neuen Aufgaben in Berlin bei den Frauen und Jugendlichen geweckt haben, und bei unserer gesamten Parteimitgliedschaft möchte ich Euch einmal hier vorführen. Ihr könnt es Euch praktisch nicht vorstellen, was es für uns bedeutet, daß wir jetzt saubere Luft haben und nach unserem Willen arbeiten können. Gehemmt sind wir natürlich ungeheuer im russischen Sektor, und zwar in einem Maße, das Ihr Euch auch nicht vorstellen könnt. Es hat dies der Genosse Hermsdorf aus Chemnitz angedeutet. Nicht viel anders sieht es im russischen Sektor in Berlin aus. Wir hoffen, darüber hinwegzukommen.

Ich glaube, daß wir die Möglichkeit haben, in Berlin unser demokratisches sozialistisches Ziel klar zu entwickeln und herauszustellen. Das gibt uns Hoffnung, und wir hoffen auch, daß wir Euch von unseren Erfahrungen laufend Kenntnis geben können, damit Ihr die Gefahren sehen könnt, die groß sind. Denn auch unsere Massen sind nicht immun gegen eine Propaganda, wenn sie vom Morgen bis zum Abend auf sie herunterregnet. Wir haben es ja erlebt, was der Rundfunk bedeutet, der nur für die Einheit gesprochen hat. Ihr könnt Euch gar nicht vorstellen, wie dort die Menschen beeinflußt werden. Aber Ihr habt es ja unter den Nazis selbst erlebt, wenn der Rundfunk von früh bis spät, abgesehen vom Musikprogramm, nur Dinge in einer ganz bestimmten Beleuchtung und Richtung vorführt.

Nun ist es in Berlin so, daß wir teilweise eine freie Presse haben, aber jetzt haben wir die Schwierigkeit, daß wir noch keine eigene Zeitung haben. Wir hoffen aber sehr, daß es uns endlich gelingt, diese Zeitung zu schaffen und daß es uns endlich gelingen wird, den Rundfunk von seiner einseitigen Herrschaft zu befreien. Dann ist und zusammen mit unseren begeisterten und treuen Genossen, die wir behalten haben, obwohl uns leider viele fähige Genossen unter den Funktionären verlorengegangen sind, weil es ihnen an Mut und Rückgrat fehlte, wohl auch möglich, ein neues Zentrum aufzubauen, damit wir dann gemeinsam wieder die neue Sozialdemokratische Partei in Deutschland aufbauen. (Lebhafter Beifall)

Ernst Gnos-Düsseldorf: Dieser erste Parteitag der Sozialdemokratischen Partei hat die Aufgabe, Klarheit nach den verschiedensten Seiten zu schaffen, die Klarheit, die wir notwendigerweise nach all den Vorkommnissen der letzten Monate in den Ostzonen gegenüber den Kommunisten brauchten, glaube ich, besitzen wir zur Genüge. Wir sind uns darin einig, daß die entschlossene Haltung der Sozialdemokraten der Ostzonen, die heute noch bei uns sind, uns verpflichtet, alles zu vermeiden, was ihre Aufgabe und ihren Kampf in den nächsten Wochen und Monaten gefährden könnte. Wir wollen keine organisatorische Gemeinsamkeit mit den Kommunisten, die das Recht und die Freiheit der Demokratie in Deutschland vergewaltigen.

Aber wir brauchen die gleiche Klarheit auch gegenüber anderen, und für uns, die wir aus dem schwarzen Westen kommen, ist eine entschiedene klare Abgrenzung der Politik der Sozialdemokratischen Partei gegenüber der CDU, von außerordentlich großer Bedeutung. (Lebhafter Beifall)

Ich möchte in diesem Zusammenhange nur auf ein einfaches, aber für die zukünftige Entwicklung außerordentlich bedeutsames Symptom dieses Kampfes aufmerksam machen. Wir haben in der britischen Besatzungszone, und wir wurden gerade im Rheinland im besonderen davon betroffen, den ersten Kulturkampf wieder erlebt, den Kulturkampf, den gerade die katholisch orientierten Kreise der CDU, mit der Frage über die Abstimmung der Wieder Einrichtung der konfessionellen Schulen in der Westzone vom Zaune gebrochen und durchgeführt haben.

Wir als Sozialdemokraten haben in dieser Auseinandersetzung versucht, unter Hintansetzung unserer eigenen ursprünglichen Auffassung von der Weltlichkeit des Schulwesens den Gedanken der Gemeinschaftsschule zu propagieren. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß die gemeinsame Erziehung aller Kinder in den Schulen nach den demokratisch ausgerichteten Grundsätzen unseres neuen Deutschlands erfolgen soll und keine konfessionelle Trennung und damit wiederum eine Verankerung der Gegensätze schon im Kinde selbst eintritt.

Ich glaube, daß wir ein Recht darauf haben, auch von dieser Stelle aus der CDU, und all den tragenden Kreisen innerhalb der CDU, namentlich auch des katholischen Klerus zu sagen: Wir warnen davor, daß auch zukünftig in dieser Weise das deutsche Volk in den Kulturkampf hineingetrieben werden soll, und wir erklären, daß, wenn auf der anderen Seite nicht die Einsicht kommt, wir uns mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, gegen dieses Unterfangen zur Wehr setzen werden. (Lebhafter Beifall)

Es ist heute so, daß maßgebende Kreise der CDU. glauben, daß sie auf ihre besondere Tradition und ihre fortschrittliche Gesinnung sich berufen dürfen. Ich glaube aber, feststellen zu dürfen, daß es niemals einen größeren kulturellen Rückschritt geben würde, als das Bestreben der katholischen Kirche, die Volksschule wieder unter geistliche Schulaufsicht zu stellen. Nicht das, was in einem vergangenen Jahrhundert die kulturelle Höhe unserer Volksschule bestimmt hat, darf wieder eingeführt werden, sondern die freie demokratische Erziehung und die gesunde Entwicklung unserer Jungen und Mädels in den Gemeinschaftsschulen.

Ich habe mir kürzlich in einer Sitzung von einem Vertreter dieser Auffassung in der Nordrhein-Provinz sagen lassen müssen, daß einzig und allein die Kirche und das Christentum doch den Beweis dafür erbracht hätten, daß diese christliche Erziehungsgrundlage die stärksten Widerstandskräfte gegen die Beeinflussung durch den Nationalsozialismus ausgelöst hätten. (Hört, hört!) Ich muß von dieser Stelle sagen: Wenn das der Fall gewesen wäre, dann hätte eine tausendjährige Erziehung des Christentums im deutschen Volke den Nationalsozialismus unmöglich machen müssen. (Lebhafter Beifall) Solche Behauptungen scheinen mir eine schlechte Beweisführung für die Tradition und den Fortschritt zu sein. Wenn man im gleichen Zusammenhange verkündete, daß auch wir als Sozialdemokraten nicht fortschrittlich gesonnen seien, weil wir uns auf das Kommunistische Manifest von 1848 beziehen, dann sage ich hier dasselbe, was ich in meiner Entgegnung diesen Herren gegenüber zum Ausdruck gebracht hatte. Es kommt darauf an, daß eine Idee und ein Gedanke und daß die Grundsätze einer Auffassung zunächst einmal die Möglichkeit bekommen haben müssen, sich zu bewähren. Und dabei ist nicht entscheidend, ob das Ergebnis dieser Grundsätze auf die Wurzeln zurückgeht, die hundert Jahre alt sind. Gebt uns die Möglichkeit, und wir werden beweisen, daß unsere sozialistische Auffassung wirklich die bessere ist.

Es scheint mir notwendig zu sein, auch in diesem Zusammenhange noch ein paar Bemerkungen zu der Frage der jungen Generation zu machen. Es ist gestern in der Aussprache von einem Hamburger Genossen gefordert worden, daß die Sozialdemokratische Partei eine General-Amnestie fordern müßte, um diesen jungen Menschen die Rückkehr in das politische Leben zu ermöglichen. Ich möchte darauf verweisen: Eine Amnestie setzt voraus, daß vorher eine Schuld vorhanden war, und ich möchte deshalb formulieren, daß es unsere Aufgabe als Sozialdemokraten sein muß, das Vertrauensverhältnis zu diesen jungen Menschen herzu-

stellen durch eine Vertrauenskundgebung, die wir hier zum Ausdruck zu bringen haben. Diese jungen Menschen sind in Wirklichkeit die Entscheidung für die Zukunft, die Entscheidung über Demokratie und Sozialismus. Um sie zu ringen, ist unsere Aufgabe, sie an uns heranzuziehen muß unser Wille in der Gegenwart sein.

Nun, weil ich aus dem Westen, von Rhein und Ruhr komme, ein paar Bemerkungen zu diesem Problem. Wir, die wir am Rhein und Ruhr leben, sehen in den Bestrebungen, die jetzt in der Frage der Internationalisierung oder in der Loslösung von Rhein und Ruhr zu verzeichnen sind, eine außerordentlich große Gefahr und wir erinnern uns noch allzu deutlich jenes ersten Ruhrkampfes, der in den Jahren 1919 bis 1923 getobt hat. Wir erinnern uns noch jener nationalistischen Helden wie Schlageter, die geboren wurden aus der nationalistischen Übersteigerung des Ruhrkampfes. Ich möchte von dieser Stelle aus warnen. Ich möchte, daß in der symbolhaften Niederlegung des Schlageterkreuzes auf der Volksheimer Heide am 1. Mai auch gleichzeitig bei unseren Siegermächten die Erkenntnis kommt, daß mit einer gewaltsamen Loswältung von Rhein und Ruhr aus dem Gesamtverband des deutschen Volkes die Gefahr ins Ungemessene gesteigert wird.

Wir erklären, daß wir als Sozialdemokraten mit aller Entschiedenheit gegen diese Dinge uns zur Wehr setzen, und ich möchte das, was Dr. Schumacher hier gesagt hat, noch mit aller Deutlichkeit unterstreichen, nämlich, daß wir dafür sind, daß die internationale Abrüstung und die internationale Kontrolle aller Rüstungsunternehmungen auch am Rhein und an der Ruhr erfolgen soll. Aber wir glauben, daß die Sicherung des Friedens nicht nur darin besteht, daß am Rhein und an der Ruhr abgerüstet wird, sondern wir sind der Überzeugung, daß diese Abrüstung eine allgemeine sein muß. (Lebhafter Beifall)

Wir möchten an Rhein und Ruhr, wo die berüchtigte Waffenschmiede einmal aufgeboten worden ist, jetzt im Dienste des Friedens den Beweis führen, daß wir wirklich auch sie als eine Quelle der Wohlfahrt und des Friedens für eine glückhafte Gestaltung der Zukunft aller Menschen betrachten. (Lebhafter Beifall)

Vorsitzender *Franz Bögler*: Es ist ein von neun Genossen unterzeichneter Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen. Wünscht jemand gegen diesen Antrag Stellung zu nehmen? Es sind noch zwanzig Redner eingezeichnet. — Das ist nicht der Fall. Dann kämen wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wer für Schluß dieser Debatte ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.) Ich stelle Annahme gegen zwei Stimmen fest. Damit ist die Debatte geschlossen.

Genosse Dr. Agartz hat auf das Schlußwort verzichtet. Dr. Schumacher wird sein Schlußwort morgen, am Ende des Parteitages sprechen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die zu diesem Tagungsordnungspunkt vorliegenden Vorlagen. Es handelt sich um die Vorlagen sieben, acht und zehn.

Sämtliche drei Vorlagen werden einstimmig angenommen.

Dann noch eine Mitteilung. Heute nachmittag steht auf der Tagesordnung, Beratung über das Organisationsstatut. Um diese Beratung rasch vornehmen zu können, werden alle Delegierte gebeten, in der Mittagspause das Organisationsstatut zu lesen, dann erübrigt sich die Verlesung heute nachmittag und es müssen nur noch einzelne Veränderungen, wie sie die Kommission bekannt gibt, vorgenommen werden.

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Vorsitzender *Franz Bögler*: Den Bericht der *Mandatsprüfungskommission* erstattet der Genosse *Wittig*, Hessen.

Bruno Wittig-Butzbach: Im Auftrag der Mandatsprüfungskommission habe ich Ihnen Bericht zu erstatten. Die Mandatsprüfungskommission des Parteitags hat festgestellt, daß 22 Bezirke mit 258 Delegierten einschließlich fünf Mitgliedern des Westzonenbüros vertreten sind. Die Mandate wurden geprüft und alle für gültig befunden. Die Mandatsprüfungskommission beantragt, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Außerdem befinden sich zwölf Genossinnen und Genossen aus Berlin als Gäste auf unserem Parteitag.

Vorsitzender *Franz Bögler*: Wir haben den Bericht des Genossen *Wittig* gehört. Wer für die Gültigerklärung der Mandate ist, den bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.) Ich stelle einstimmige Annahme fest. Wir treten jetzt in die Mittagspause ein.

(Mittagspause 13.03 Uhr.)